

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 31. Januar 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Wann kommt endlich durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit und Arbeitsbeschaffung?

Man sollte meinen, Deutschland hätte aus der Inflationszeit etwas gelernt. Wenn man aber jetzt wieder seit Jahr und Tag erleben muß, daß alle Mahnungen der freien Gewerkschaften (wie sie auf Kundgebungen und Tagungen des ADGB und nun auch des ADB scharf und unwiderleglich formuliert worden sind) in den Wind geschlagen werden, so kann man über diese Katastrophopolitik von Regierung und Industrie nur den Kopf schütteln. Nach dem Bericht der Reichsanstalt waren am 15. Januar 1931 fast fünf Millionen Arbeitslose (4 765 000) vorhanden. Sollte da den „Wirtschaftsführern“, die seit Jahren gegen die öffentliche Wirtschaft zetern, nicht endlich dämmern, daß sie von ihrem kurzfristigen Interessenstandpunkt aus eine Parole ausgegeben haben, die eine gewaltige und unnötige Verschlimmerung der Wirtschaftslage herbeigeführt hat? Und mußte der Gehalts- und Lohnabbau (die zweite Parole der Unternehmer!) nicht unbedingt zur weiteren Schwächung der Kaufkraft und damit Einschränkung der Produktion führen?

Jetzt beginnen sich die Folgen dieser Unternehmerpolitik, die leider von der Brüning-Regierung zu erheblichem Teil mitgemacht wird, bis in die eigenen Reihen bemerkbar zu machen. Die sächsischen Industriellen haben Brüning einen wenig freundlichen Empfang bereitet. Ihr Vorsitzender Wittke erklärte: „Die sächsischen Industriellen haben jetzt zu entscheiden, ob sie ihren Existenzkampf mit oder gegen die bestehende Staatsgewalt führen wollen.“

Diese Töne erinnern geradezu an die „Notsschreie der deutschen Landwirtschaft“, deren Wortführern der Mund vorerst etwas gestopft worden ist durch die Milliardenhilfe, die man trotz der Finanzmisere aus allgemeinen Steuermitteln (also auch zu erheblichem Teil aus der Lohnsteuer der Arbeitnehmer!) in nächster Zeit bereitstellen will.

Aber der Referent auf der sächsischen Tagung, Ministerialdirektor Dr. Klien, sagte in einer Anwendung wirklicher Aufrichtigkeit den Industriellen folgende treffende Wahrheit:

„Die Industriellen-Söhne leben nicht mehr so bescheiden wie ihre Väter. Sie entfalten im Gegensatz zu früheren Generationen einen Luxus, der sich nach außen und innen schädlich auswirkt. Das Ausland, das diesen Luxus sieht, wird sich nicht zu einer Herabsetzung der Tributlasten bereitfinden, und im Innern ist es unmöglich, den Abbau der sozialen Lasten zu fordern, solange nicht der Luxus abgebaut wird.“

Daß die Herren Industriellen diese Tatsachenfeststellung mit lauten Protestrufen quittierten, versteht sich am Rande. Wir möchten — um das Bild der Wirklichkeit anzupassen — dazu nur sagen, daß zwar die besitzende Klasse auch früher schon recht gut zu leben wußte und sich mancherlei

Luxus leistete, daß aber heute in der Tat jede Hemmung und jedes Maß dafür fehlt, wie sich die prozenteilen Geldausgaben in den „vornehmen“ Vergnügungstätten des In- und Auslandes auswirken müssen.

Die Schaffung ungezählter Direktorenstellen in den letzten Jahren mit Gehältern von 100 000 Mk. und darüber, die Gründung von „Tochtergesellschaften“ usw., um die Aufsichtsratsposten entsprechend zu vermehren, deren hohe Bezahlung in diametralem Verhältnis zur Arbeitsleistung steht, hat eine weitere Schicht von Schmarozkern am Körper der Volkswirtschaft geschaffen, wie sie kaum anderswo in diesem Ausmaß vorhanden sind.

Und all das muß der Arbeitslose tagtäglich an sich vorüberrollen sehen! Was Wunder, wenn er den politischen Scharlatanen und Goldzauberern in die Hände fällt, die ihm das Dritte Reich versprechen. Und hier ist die letzte Hoffnung vieler Industriellen und Vergangenheitspolitiker: Sie erhoffen ein Deutschland, in dem der Arbeiter, seiner Rechte und seiner sozialpolitischen Errungenschaften ledig, sich nicht mehr zur Wehr setzen kann.

Irreführte Arbeitermassen sollen ihren Klassengenossen in den Rücken fallen, um den alten Obrigkeitsstaat wieder aufstehen zu lassen, unter dessen Fuchtel das Elend nur noch größer werden müßte. Unheil-Hitler!

Demgegenüber müssen jetzt alle Kräfte der Arbeiterschaft mobil gemacht werden. Fort mit Zweifel und Gleichgültigkeit.

Die Gewerkschaften sind die Pioniere einer neuen Zeit. Sie haben rechtzeitig den Weg gezeigt, auf dem wir die Weltkrise hätten glimpflich überstehen können.

Die Gegenmächte aber — Unternehmer- und Bürgertum mit ihrer Brüning-Regierung — waren um deswillen einwillen stärker, weil wir den Feind im Nacken hatten.

Dieser Feind aus den eigenen Reihen — ob Nazis oder Kozis — muß mit den Mitteln der Aufklärung und Belehrung zurückgewonnen werden. Denn Stuhlbeine und Revolver sind auf die Dauer keine wirksamen Argumente.

Darum erneuern wir in diesen schweren Tagen den Ruf an alle unsere Funktionäre und Vertrauensleute: Sorgt unermüdet für gewerkschaftliche und politische Aufklärung! Bekämpft mit geistigen Waffen jene, die Verzweifelte irreführen. Von der politischen Vertretung der freien Gewerkschaften aber erwarten wir eine energische zielklare Taktik, die auch für jeden Arbeitslosen verständlich bleibt und gutgeheißen werden muß.

Es gibt einen Weg aus diesem Elendschaos. Dieser Weg ist Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Wirtschaft! E. D.

Die Gemeinden in Arbeitszeit- und Lohnpolitik

Im „Zentralblatt für die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe“ behandelt Dr. W. Dollbrecht in einer auch für uns recht interessanten Weise anlässlich der jüngsten Vereinbarung für die Betriebe der Stadt Berlin über die Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden die Arbeitszeit- und Lohnpolitik der Gemeinden. Und zwar betrachtet er zunächst kritisch die Auffassung der Privatwirtschaft und stellt dann gegenüber die Ansichten der Gemeindeverwaltung. Dem ersteren Teil stellt er die Frage voraus: Wie schaffen wir Arbeit? und beantwortet sie dahingehend:

„Die deutsche industrielle Privatwirtschaft stellt — und oftmals mit dogmatischer Ausschließlichkeit — ihre Absicht in den Vordergrund, nun nach Durchführung der Technisierung und Rationalisierung zunächst die Stundenlohnhöhe herabsetzen zu müssen, um auf Grund einer angeblich erst dann möglichen Preissenkung für ihre Produkte auf dem Markt, vor allem auf dem Weltmarkt, erweiterte Aufträge und damit Arbeit für die Arbeitslosen gewinnen zu können. Ein alleiniges Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit ist die Steigerung des Exports zweifellos schon deshalb nicht, weil die Zahl der durch einen selbst bis zum Optimum gesteigerten Export sowohl direkt als indirekt beanspruchten Arbeitskräfte nicht im entferntesten an die Zahl der Arbeitslosen heranreicht. Vor allem jedoch beginnt jeder deutschen Exportexpansion sofort das weltwirtschaftliche Konkurrenzgesetz entgegenzuwirken. Zweifellos werden nicht nur die deutsche Industrie, sondern auch die der Konkurrenzländer versuchen, die Löhne und damit auch die Preise zu senken. Deutschland wird dabei — abgesehen von der Tributlast — nicht die günstigste Stellung haben.

Auf der einen, industriellen Seite besteht ein Drängen nach Weltmarktkonkurrenz durch Preisunterbietung, auf der anderen, landwirtschaftlichen Seite eine Zollpolitik zum Schutze der Landwirtschaft, die die Lebensmittelpreise in Deutschland erhöht. Die Kaufkraft der deutschen Arbeitnehmer aller Art, und damit der Mehrheit der deutschen Menschen, wird also gleichzeitig von der Lohn- oder Gehalts- und von der Preisseite her angegriffen. — Schließlich kann eine Konjunkturbelebung auf dem Inlandsmarkt, der weit größer als unser auch höchstmöglicher Anteil am Auslandsmarkt ist, nur durch Absatzsteigerung erfolgen. Das ist unbestritten. Aber Absatzsteigerung ohne — nominale oder reale — Kaufkraftsteigerung ist ebenso unmöglich. Für den Inlandsmarkt ist daher der Weg: Lohnsenkung, dann Preissenkung, dann Absatzvergrößerung, dann Konjunkturaufstieg mehr als fraglich. Die Wirtschaftsgeschichte der geltenden Wirtschaftsordnung sah vielmehr als erste Etappe jeder Krisis zunächst den Preissenkung, dann Konsumbelebung auf dem erniedrigten Preisniveau, dann die neue Konjunktur.

Die Erkenntnis all dieser Grenzen einer Auswirkungsmöglichkeit der Stundenlohnkürzung auf dem gesamten Arbeitsmarkt muß daher das Bestreben auslösen, ohne dogmatische Fesseln nach allen sich bietenden Möglichkeiten Ausschau zu halten, die geeignet sind, Arbeitslosen Arbeit zu geben. Es gibt kein alleiniges Mittel. Alle brauchbaren Faktoren müssen zusammenwirken. Hemmend wirkt nur theoretische Einseitigkeit, die oftmals allerdings — trotz der allgemeinen Not — einen einseitigen Interessenstandpunkt maskiert.

Es käme — vielleicht als Etappe — die 44stündige Arbeitswoche mit ihrer mehr als 8prozentigen Wochenlohnsenkung als erreichbares Ziel in Frage. Sie wird vielleicht bei einem gleichbleibenden volkswirtschaftlichen Beschäftigungsgrade 400 000 neue Arbeitende schaffen. Das Allheilmittel ist sie — noch die 40-Stunden-Woche — also ebenfalls nicht. Wenn auch Gewerkschaften und politische Parteien die gesetzliche Durchführung der verkürzten Arbeitswoche fordern, so ist dennoch klar — und das zeigt die Entwicklungsgeschichte der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung, einschließlich des sogenannten Achtstundentages —, daß eine gesetzliche Regelung erst kommen wird, wenn die verkürzte Arbeitswoche in erheblichem Umfange Tatsache geworden und wenn die Bereitwilligkeit einer Arbeitszeitverkürzung eine verbreitete ist. Es kann daher nicht auf eine Revision des Arbeitszeitgesetzes gewartet werden. Vielmehr muß die Arbeitszeitverkürzung, wo sich die Möglichkeiten wirtschaftlich und technisch bieten, zur Tatsache gemacht werden. Es gilt Pionierarbeit zu leisten!

Soviel zur Kritik der privaten Wirtschaft. Die betriebswirtschaftlichen Überlegungen der Gemeinden zu diesen Fragen stellt Dr. Dollbrecht folgendermaßen dar:

„Die für die Gemeinden zu erwartenden Entscheidungen über Arbeitszeit- und Lohnpolitik sind in voller Selbstverantwortung auf Grund der für die Gemeinden gegebenen eigenen Tatsachen zu treffen. Die Überlegungen sind grundsätzlich unterschiedlich von den Erwägungen der von dem Markt, vor allem dem Weltmarkt, kämpfenden Industrie. Die Gemeinden vermögen nach der ganzen Struktur ihres Wirkungskreises gar nicht anders als einheitlich in dem Rahmen des Gesamtetats zu den Auswirkungen ihrer Arbeitszeit- und Lohnpolitik Stellung zu nehmen. Betriebswirtschaftliche Betrachtungen im engeren Sinne treten gegenüber den haushaltsmäßigen zurück. Schließlich haben die „betriebswirtschaftlichen“ Erwägungen zu dem Problem der Arbeitszeit- und Lohnpolitik in der Gemeinbewirtschaft andere und weitere Faktoren als die privatkapitalistischen Betriebe unserer Marktwirtschaft. Sie haben in der Fürsorgepflicht für die Wohlfahrtserwerbslosen auch einen wesentlichen anderen Faktor als die Betriebe von Reich und Ländern. Bei den Gemeinden spielt die Belastung mit der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge und die Entlastung durch die Einziehung von Wohlfahrtserwerbslosen in den Arbeitsprozeß eine wesentliche, ausschlaggebende Rolle.

Eine Dorauslegung für die Rentabilität der Arbeitszeitverkürzung für die Gemeinden ist, daß alle rund 26 Wochen, d. h. nach Wiedererwerb der Anwartschaft bei der Reichsanstalt, die Eingestellten ausscheiden. Sie machen neuen, ebenfalls vorübergehenden Arbeitskräften aus den Reihen der Wohlfahrtserwerbslosen Platz. Das ist zweifellos sozialpolitisch und auch arbeitstechnisch kein idealer Zustand. Er liegt aber begründet in der unglücklichen Einengung der Arbeitslosenversicherung, die einen wesentlichen Teil ihres Risikos, nämlich gerade die Auswirkung der als Krisenfürsorge auftretenden übernormalen Dauer der Arbeitslosigkeit, den Gemeinden in Form des Fürsorgezwanges für die sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen aufbürdet.

Mit der Gesamtausgabenerparnis in Höhe von rund 6 Proz. der Gesamtlohnaufwendungen (wie sie bei der Durchführung einer 44stündigen Arbeitszeit sich ergibt) vermögen die Gemeinden, genau wie mit einer direkten Lohnerniedrigung, „Preissenkung“ zu betreiben. Sie können z. B. die Tarife für Gas, Elektrizität oder Wasser senken. Sie können auch gewisse Steuern senken. Wahrscheinlicher aber bei der Ueberanstrengung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeindehaushalte ist, daß die Ersparnis zur Vermeidung von Steuern u. a. m. verwandt werden, das ist jedoch von gleicher Wirkung.

Es wäre auch denkbar, daß die Gesamtersparnis von 6 Proz. der Lohnaufwände in den Dienst der Beschäftigung von weiteren jezt arbeitslosen Personen gestellt würde. Dann könnten bei dem Beispiele von 300 000 deutschen Gemeinbearbeitern (das bei einer vorangegangenen Berechnung von Dr. Dollbrecht gewählt worden war) zu den 24 000 noch weitere bis zu 18 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Jedoch diese Möglichkeit wäre erst zu verwirklichen, wenn das Reich — etwa nach den Gedankengängen des Reichsfinanzministers — die Kosten dafür übernehmen würde.

Auf die inländische Kaufkraft schließlich wirkt eine Lohnsenkung durch erträgliche Arbeitszeitverkürzung infolge der damit ermöglichten Neueinstellungen günstiger ein als eine Stundenlohnkürzung ohne Arbeitsbeschaffung.“

Sprich einfach! Die Sprache ist ein feines Instrument, dessen wir uns leider nicht immer richtig bedienen. Wir beherrschen die ganze Skala meist nur im geringen Maße. Mancher Funktionär müht sich sehr, wenn er im Gespräch unerroret auf eine andere Meinung stößt. Ein Funktionär, der auf alles gewappnet ist, gehört zu den seltenen Erscheinungen. — Beobachte einmal irgendeinen Menschen, der dir etwas zu verkaufen hat. Prüfe seine Wendungen, seine Argumente. Denke genau darüber nach, ob seine Beredsamkeit dich zum Kaufe oder Nichtkaufe bewegen hat. Was ist schwerer: Ein gutes Verkaufsgespräch führen oder einen Berufskollegen für die Organisation gewinnen? — Im Gespräch finden sich die Widerhaken selbst. Rede, was du willst — aber rede einfach. So, wie sich die Tatsachen verhalten. Sprich zu den Menschen wie zu deinem Freund. Mache keine Umwege. Werde nicht langweilig. Rede als Mensch. . . Nicht als derjenige, der etwas verkaufen will.

Wege zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hatte zum 21. Januar eine Bundesausschüßung nach Berlin einberufen, der eine öffentliche Kundgebung vorausging. Zu der von den Mitgliedern des Bundesausschusses und den Vertretern der Vorstände der dem ADB. angeschlossenen Organisationen stark besuchten Tagung hatten der Reichsminister des Innern Ministerialdirektor Menzel, das preußische Innenministerium Ministerialrat Bracht entsandt, ebenso waren die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags, der Vorstand des ADB. und des AFA-Bundes vertreten. Der Einladung des ADB. waren die Redakteure der Gewerkschaftspressen des ADB., des AFA-Bundes, des ADB. und der Tagespresse zahlreich gefolgt.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Tagung stand das Referat von Dr. Alfred Brauntal: „Wege zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise“. Mit Recht legte der Referent die Betonung darauf, daß eine der hervorsteckendsten Auswirkungen der Krise die Bestrebungen auf Beseitigung der Demokratie sind.

Wenn wir den Ursachen der Wirtschaftskrise nachspüren, kommen wir dem instinktiven Erkennen des einfachen Mannes am nächsten, der die Meinung vertritt, daß niedriger Lohn und niedriges Gehalt sind an dem mangelnden Abgang der Waren. Die Kaufkrafttheorie findet ihre volle Bestätigung. Der letzte Grund der Krise besteht darin, daß einer Ueberentwicklung der Produktionskräfte eine mangelnde Entwicklung des Absatzes gegenübersteht. Eine der grundsätzlichen Ursachen der Wirtschaftskrise besteht darin, daß in Deutschland die Lohn- und Gehaltserhöhungen in den letzten Jahren aufhörten. Die vorherige Steigerung des Lohn- und Gehaltsniveaus bedeutete meistens nur eine Wiederholung von einem Tiefstand, der weit unter dem Lohnniveau des letzten Dorkriegsjahres lag. Allerdings haben wir in Deutschland Krisenursachen, die andere Länder nicht aufzuweisen haben. Dazu kommt die Handelspolitik, die sich besonders unheilvoll darin auswirkt, daß sie in übermäßiger Weise auf die landwirtschaftlichen Interessen Rücksicht genommen hat, und die alte Methode der mechanischen Zollpolitik, die der heutigen Lage der Wirtschaft nicht mehr angemessen ist. Die Kapitalverknappung in Deutschland, die im wesentlichen auf die politische Benurhung, die seit Jahren durch Deutschland geht und zu einer wachsenden Kapitalflucht geführt hat, hat auch die öffentliche Wirtschaft schwer in Mitleidenhaft gezogen. Dazu kam die Gefahr der Kapitalrückziehung, insbesondere seit der Reichstagswahl.

Als erste und wichtigste Maßnahme zur Ueberwindung der Krise ist zweifellos die Preissenkungsaktion zu nennen. Grundsätzlich falsch ist der mit der Preissenkungsaktion verbundene Gehalts- und Lohnabbau. Das wichtigste Problem ist aber die Wiedereinstellung der Arbeitslosen. Dazu haben die freien Gewerkschaften schon vor längerer Zeit Vorschläge gemacht. Ein wichtiger Punkt in diesen Vorschlägen ist die Arbeitszeitverkürzung und die Arbeitsbeschaffung. Ein weiterer Weg zur Behebung der Wirtschaftskrise führt über den Wohnungsbau.

Die größten Hemmungen in der Ueberwindung der Krise liegen auf politischem Gebiet. Es ist notwendig, das wahrhaftige System der Kriegsverschuldung abzubauen. Innenpolitisch ist notwendig die Sicherung unserer demokratischen Staatsverfassung gegen den anstürmenden Faschismus.

Aus der Aussprache, an der sich die Kollegen Lengersdorf, Stetter, Jachert, Soltes, Orlopp und Dölter beteiligten, sind besonders hervorzuheben die Ausführungen von Lengersdorf, der betont, daß ein Teil der Krisenzustände und der Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist auf die Drosselungsaktion gegen die öffentliche Wirtschaft, die in den letzten Jahren durchgeführt worden ist. Diese ist aber der größte Auftraggeber für die Privatwirtschaft. 1929 wurden 8½ Milliarden Mark Aufträge vergeben. Die öffentliche Hand beschäftigt in ihren Betrieben und auf dem Wege der Auftragserteilung 4½ Millionen gewerblicher Arbeitnehmer, eine Million Menschen mehr, als durch die Ausfuhr Brot erhalten.

Es gibt nur einen Ausweg aus der Krise: Schaffen wir den Arbeitslosen Arbeit! Wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeitslosen wenigstens wieder für Monate in den Arbeitsprozess eingereiht werden. Das, was bisher auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung getan worden ist, war so gut wie nichts. Kein Land der Erde hat in solch großem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten wie Deutschland. Der Straßenbau und das Wohnungswesen könnten viele hunderttausend Menschen in Arbeit und Brot

bringen. Arbeitsbeschaffung ist allerdings nur möglich, wenn es gelingt, große Mittel aus dem Ausland herinzuholen. Er hält den Weg für gangbar, daß die Regierung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufbaut und in Verbindung damit die Frage aufwirft, einen Teil der Reparationsgelder als langfristige Kredite auf zwei bis drei Jahre in Deutschland zu belassen.

Ministerialrat Bracht vom preußischen Innenministerium wandte sich gegen kritische Bemerkungen über die Verwendung von Polizeibeamten und erklärte: Man müsse in Zukunft dazu übergehen, für solche Krisenzeiten, die immer wiederkehren, gewisse Reserven anzusammeln, damit in der Zeit der Krise die öffentliche Hand die Aufträge nicht abzuschwächen braucht, sondern aus den Reserven die Aufträge für die allgemeine Wirtschaft verstärken kann. Im übrigen unterstreicht er, daß vielfach in der Industrie trotz ihres schlechten Florierens ungeheure Gehälter gezahlt werden, die in schreiendem Gegensatz zu der ungeheuren Notlage zu der Masse unseres Volkes stehen.

In seinem Schlußwort begrüßt Dr. Brauntal die Ausführungen des Kollegen Lengersdorf über die Notwendigkeit der Unterstützung der öffentlichen Wirtschaft. Im Anschluß daran wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Gegen monopolistische Preisbindungen — Für Kürzung der Arbeitszeit. Der ADB. erachtet es für die wichtigste Aufgabe, die dem Staat heute gestellt ist, der schweren Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, die viele Millionen von Arbeitnehmern zur Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit verurteilt. Er erblickt den geeignetsten Weg zur Erreichung dieses Zieles darin, daß die Hemmnisse hinweggeräumt werden, die der Ueberwindung der Wirtschaftskrise im Wege stehen. Als schwerstes, im Innern der Wirtschaft selbst entstandenes Hemmnis erscheint ihm die künstliche Hochhaltung der Preise durch monopolistische Bindungen aller Art. Wenngleich nicht verkantet werden soll, daß die Preise verschiedener Waren, auch gebundener, schon etwas gelockert sind, so muß doch festgestellt werden, daß auf diesem Gebiet noch sehr viel zu tun übrig bleibt und daß die Reichsregierung von den ihr in der Notverordnung vom 26. Juli 1930 erteilten Vollmachten nur sehr zögernd und ungenügend Gebrauch macht. Der ADB. weist ferner auf die Vorschläge der Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung hin und stellt mit Bedauern fest, daß diese Vorschläge bisher keine genügende Beachtung gefunden haben.

Für Stärkung der Kaufkraft — Gegen Lohn- und Gehaltsabbau. Andererseits muß der ADB. dem Streben nach gleichmäßigem Abbau der Preise und der Löhne und Gehälter, das der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung zugrunde liegt, die Berechtigung absprechen. Er ist vielmehr der Auffassung, daß es im Interesse der Abfederung der Wirtschaft mehr als je darauf ankommt, die Kaufkraft der breiten Massen soweit wie möglich aufrechtzuerhalten und zu stärken. Er sieht einen Widerspruch zwischen dieser Aufgabe und der auf den Abbau der Löhne und Gehälter gerichteten Politik der Reichsregierung. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Kaufkraft für Güter des Massenkonsums fordert darum der ADB., daß dem Abbau der Löhne und Gehälter Einhalt getan wird.

Gegen Drosselung der öffentlichen Wirtschaft — Der ADB. sieht in der Drosselung der öffentlichen Wirtschaft und ihrer Kapitalversorgung eine der Ursachen der Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die öffentliche Wirtschaft ist für die Gesamtwirtschaft und den Arbeitsmarkt ein so wichtiger Faktor geworden, daß jede über unvermeidliche Sparmaßnahmen hinausgehende Einschränkung eine weitere Verschärfung der Krise zur Folge haben muß. Der ADB. fordert daher, daß der öffentlichen Wirtschaft alle Erleichterungen, auch in der Kapitalversorgung, gewährt werden, die sie befähigen, ihre wichtigen Aufgaben auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, insbesondere des Wohnungsbau, zu erfüllen.

Für handelspolitische Verständigung. In den Beziehungen zwischen der deutschen und der Weltwirtschaft erblickt der ADB. mehrere Faktoren, die die Ueberwindung der Wirtschaftskrise erschweren: wie die gegenseitige Absperrungspolitik auf handelspolitischem Gebiet, die Hindernisse im internationalen Kapitalverkehr, die zum größten Teil auf die politische Vertrauenskrise zurückzuführen sind, und die Zahlungen ans Ausland ohne Gegenleistungen (Reparationen). Er fordert darum, daß von Deutschland aus alles geschieht, um die Zollmauern abzutragen und die gegenseitige Verständigung auf handelspolitischem Gebiet zu fördern; dieses Ziel darf auch durch handelspolitische Sonderwünsche der Landwirtschaft, deren Notlage gewiß nicht verkantet werden soll, nicht beeinträchtigt werden.

Für Revision der Reparationsverpflichtungen. Der ADB. fordert weiter eine Revision der schweren Reparationsverpflichtungen Deutschlands, läßt sich aber dabei von der Erkenntnis leiten, daß dieses Ziel nur auf dem Verständigungswege erreicht werden kann.

Für Stärkung der Republik — Gegen faschistische Bestrebungen. Der ADB. ist sich schließlich darüber klar, daß die Ueberwindung der Wirtschaftskrise auch an innerpolitische Voraussetzungen gebunden ist, nämlich an die Wiederherstellung des zum Wiederaufbau der Wirtschaft und zum Einstromen von Kapital in die Wirtschaft notwendigen Vertrauens und des Sicherheitsgefühls, das durch das Vordringen faschistischer Strömungen in Deutschland erschüttert wurde. Er erblickt darum in der Abwehr der faschistischen Bestrebungen auch eine wichtige Aufgabe, die der Ueberwindung der Wirtschaftskrise dient.

Betriebsvertretungswahlen 1931

Die Wahlen der Betriebsvertretungen sind erneut fällig. Die Vorbereitungen dazu müssen zur rechten Zeit getroffen werden, damit die Wahlen in den Monaten Februar und März durchgeführt werden können. Deshalb ist es schon jetzt notwendig, in allen Besprechungen und Versammlungen unserer Mitglieder darauf hinzuweisen und Wert und Bedeutung der Betriebsvertretungen und des Betriebsrätegesetzes eingehend zu behandeln. Die Agitation für die Wahlen muß jetzt beginnen und konsequent durchgeführt werden.

Vor allen Dingen sind unsere Mitglieder in den Betrieben, die keine Betriebsvertretung gewählt haben, trotzdem sie nach dem BRG. dazu berechtigt waren, immer von neuem darauf hinzuweisen, daß sie mit der Unterlassung der Wahl Rechte aus der Hand geben, die sie sonst im Interesse der Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen berechtigt wären.

In der heutigen wirtschaftlich schwierigen Zeit haben wir keine Rechte zu verschenken, sondern wir haben sie in Anspruch zu nehmen und dort, wo sie uns bestritten werden sollten, bis auf's äußerste zu verteidigen.

Die diesmalige Wahl wird schwerer sein als in den vorhergehenden Jahren. Es melden sich bereits neue Kontrahenten. Kommunisten und Nationalsozialisten, Unorganisierte und Gelbe erscheinen auf dem Plan und wollen auch auf diesem Gebiet ernten, wo sie bisher nicht gesät haben. Es droht eine Zersplitterung sondergleichen, die nicht im Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft liegen kann.

Deshalb müssen die Vorbereitungen zu den Wahlen rechtzeitig getroffen und die Wahlen selbst mit aller gegebenen Sorgfalt und Energie durchgeführt werden.

Dort, wo bisher ein Betriebsrat bestand, muß von diesem spätestens vier Wochen vor Ablauf seiner Wahlzeit ein Wahlvorstand gewählt und dessen Vorsitzender bestimmt werden. Geschieht das nicht und unterläßt es auch der Arbeitgeber, so ist nach § 23 Absatz 3 BRG. beim Arbeitsgericht die Bestellung eines Wahlvorstandes zu beantragen. Die zur Stellung eines Antrages auf Bestellung eines Wahlvorstandes Berechtigten sind aus § 23 Absatz 3 BRG. ersichtlich.

In Betrieben, wo bisher ein Betriebsobmann vorhanden war, hat dieser spätestens eine Woche vor Ablauf seiner Amtsdauer einen Wahlleiter zu bestellen, der die Wahl einzuleiten und durchzuführen hat. (Siehe § 58 BRG. und § 34 der Wahlordnung zum BRG.) War bisher kein Betriebsobmann vorhanden oder unterläßt der Betriebsobmann die Bestellung des Wahlleiters, so hat der Arbeitgeber den Wahlleiter zu bestellen. Unterläßt auch dieser die Bestellung, so ist ebenfalls nach § 23 Absatz 3 beim Arbeitsgericht die Bestellung des Wahlleiters zu beantragen.

Wir machen für die Wahl des Betriebsobmanns in Kleinbetrieben erneut darauf aufmerksam, daß die Wahl nach § 34 der Wahlordnung durch die wahlberechtigten Arbeitnehmer des Betriebes in geheimer Abstimmung erfolgen muß.

Die Aufstellung der Kandidaten für die Vorschlagslisten zur Betriebsvertretungswahl muß unter genauer Beachtung des im Jahre 1922 auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig gefassten Beschlusses erfolgen. Danach gibt es kein Paktieren mit außerhalb der freien Gewerkschaften stehenden Belegschaftsmitgliedern.

Es dürfen nur freigewerkschaftliche Listen aufgestellt werden.

Das bedeutet einmal, daß in jedem Betriebe nur je eine Liste für die Wahl des Arbeiter- und Angestelltenrats aufgestellt werden darf, auf der freigewerkschaftliche Mitglieder als Kandidaten fungieren, und es bedeutet andererseits, daß Mitglieder unseres Verbandes sich auf andere Vorschlagslisten als die freigewerkschaftlichen nicht aufstellen lassen dürfen. Sind für einen Betrieb mehrere freigewerkschaftliche Verbände zuständig und haben sie Mitglieder im Betrieb, so müssen die Organisationen sich wegen der Aufstellung der Kandidaten verständigen.

Auf keinen Fall dürfen Mitglieder des Gesamt-Verbandes Gegenlisten zu freigewerkschaftlichen Listen aufstellen oder deren Aufstellung unterstützen.

Dasselbe gilt von der Aufstellung politischer Listen. Verbandsmitglieder, die sich auf andere als die freigewerkschaftlichen Listen als Kandidaten aufstellen lassen oder gar politische Listen unterstützen, haben mit dem Ausschluß aus dem Verbands zu rechnen.

Die Kommunisten, die das Betriebsrätegesetz nur als Plattform für die Verbreitung ihrer politischen Thesen ansehen, sonst sich aber den Teufel um die Besserung der Lebensbedingungen der

Arbeiterschaft kümmern, werden sich mit aller Macht in den Kampf um die Gewinnung der Betriebsräteplätze stürzen. Ihre Kampfmethode ist uns bekannt. Sie werden mit Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen arbeiten, werden unsere Kandidaten mit Schmutz bewerfen und neben Kommunisten Sympathisierende, Unorganisierte und Gelbe als ihre Helfershelfer in Anspruch nehmen. Kampf- bzw. Wahlauschüsse, mit außerhalb des Betriebes stehenden Personen besetzt, werden das Feuerchen im Betriebe anstecken und unter allen Umständen den freigewerkschaftlichen Listen sogenannte Oppositionslisten, wenn nicht reine Kommunistenlisten gegenüberstellen. Ihnen kommt es ja nicht auf eine wirksame Vertretung der Arbeitnehmer im Betriebe an, sondern nur auf die Bekämpfung der freien Gewerkschaften und auf die Propaganda für die RGO. Störung der zielsicheren Arbeit der freigewerkschaftlichen Tätigkeit ist ihre Parole, die sie gewissenlos durchzusetzen bestrebt sind, auch dann, wenn die Arbeitnehmer in den Betrieben den allergrößten Schaden dadurch erleiden.

Neben den Kommunisten werden deren scheinbare Todfeinde, die Nationalsozialisten, in Erscheinung treten. Nach ihrem Wahlsieg dürfen wir bestimmt darauf rechnen, daß sie sich besonders auf die Betriebsrätewahlen als Propagandamittel für ihren Scheinsozialismus verlegen wollen, geht aus Richtlinien für die Arbeit ihrer Betriebsfunktionäre hervor. Dort heißt es u. a.: „Kein Betrieb ohne Betriebsrat! Aufstellung einer Liste Nationale Sozialisten! Sofortige Maßnahmen zur Durchführung einer Wahl! Kampf den marxistischen Räten! Auf eigene Listen soll nur verzichtet werden, wenn wir unsere Parteigenossen sicher auf den Listen anderer unterbringen können!“

Und das, trotzdem der Nationalsozialist Feder im Rundfunk das System der Betriebsräte als ein marxistisches und klassenkämpferisches System darstellte, was er ablehnen müsse.

Das macht ihnen aber nichts. Ihr Ziel ist ja nur, Verwirrung unter der Arbeiterschaft zu stiften und Zersplitterung herbeizuführen. Dieses Ziel haben sie gemeinsam mit den Kommunisten. Daß dabei einzig und allein dem Unternehmertum in die Hände gearbeitet wird, stört diese „Revolutionäre“ wenig. Wenn es den Arbeitern auch jetzt schlecht geht, sollen sie nach der Auffassung dieser Leute in Sowjetdeutschland oder im dritten Reich bessere Zeiten erleben.

So werden also bei den diesmaligen Betriebsvertretungswahlen Nationalsozialisten und Kommunisten in trauester Bundesbrüderchaft mit Unorganisierten und Gelben das Agitationsgebiet bedecken.

Uns als Gesamt-Verband verbleibt in den für uns zuständigen Betrieben die Verpflichtung, diesen „Auchvertretern“ der Arbeiterschaft gegenüberzutreten und den Kampf mit ihnen aufzunehmen. Unsere Verbandsmitglieder wissen, um was es geht. Es geht um die Verteidigung des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben. Das würde bald zum Teufel sein, wenn Nazis und Kommunisten wie die Elefanten im Porzellanladen in den Betrieben darauf herumtrampeln.

Deshalb an die Arbeit, Kollegen und Kolleginnen! Betriebsvertretungsmitglieder, Funktionäre und Mitglieder des Verbandes, tut eure Pflicht. Nützt die Zeit! Klärt auf und werbt. Sorgt dafür, daß die Wahlen rechtzeitig eingeleitet und durchgeführt werden. Stellt nur erfahrene, besonnene und tüchtige Kollegen als Kandidaten auf die Vorschlagslisten. Agitiert jeden Augenblick für deren Wahl in den Betrieben. Werbt dabei neue Kämpfer für den Gesamt-Verband. Sorgt dafür, daß auch in diesem Jahr die Zahl der unserem Verband angehörenden Betriebsvertretungsmitglieder steigt. Kämpft erfolgreich unter dem Banner des Gesamt-Verbandes. Nur durch Kampf gelangen wir zum Sieg! R.

Halte alles! Versprich wenig und halte alles. Es gibt im Organisationsleben tausend Möglichkeiten, den Beweis zu erbringen. Ein Kollege hat vielleicht einmal eine Bestimmung des Statuts falsch ausgelegt, oder einen Beschluß falsch verstanden, oder sonst über etwas zu klagen. Entrüestet kommt er zu dir, beschwert sich, pocht auf deine Worte, dein Versprechen! Sage ihm ruhig, wenn es an seiner falschen Beurteilung lag. Dennoch aber: Halte dein Versprechen. Alle Dinge, alle Versprechen, sind eigentlich begrenzt. Jedenfalls halte alles!

Rationalisierung des Transportwesens

Wie von den Gewerkschaften erstrebt, aber noch längst nicht erreichte Ueberwindung der „verdammten Bedürfnislosigkeit“, in Verbindung mit der Zunahme der Bevölkerung, zwang die Wirtschaft auch zu neuen Transportleistungen. Der erste natürliche Schritt war die Vergrößerung der Transportgefäße. Aber Rentabilität, Flußmündungs- und Hafenverhältnisse (Schiffahrt), Brückenbau, Unterbau (Eisenbahn) boten doch bald ein strenges Halt. Man sann auf bessere Wege. Um den Schiffsraum voll auszunutzen, ließ man, wo es irgend ging, die Verpackung wegfallen. Heute ist die Tankschiffahrt wohl der einzige Seetransportzweig, der sich voll rentiert.

Hatte man einmal von der Verpackung abgesehen, so war bei flüssigen Gütern das Ein- und Auspumpen eine naheliegende Transportart. Sie wies den Weg, andere Massengüter ebenso zu behandeln. Schon vor dem Kriege tauchte in Hamburg ein Kohlendampfer auf, der die Kohlen auf laufendem Band aus dem Raumschiffte. Ein Erztransportschiff war nach der Art der Großraumgüterwagen gebaut. Unter den Laderraum, der im Schiffsrumpf schwebte, wurden die Röhren gestellt, in die das Erz rollte. Die größte Ummwälzung brachten jedoch die pneumatischen Getreideheber.

Als im Hamburger Hafen die ersten Getreideheber ihre Arbeit aufnahmen, regnete es faule Hafenarbeiterwige. Und wirklich: es ging nicht. Heute wird fast alles Schüttgut durch die Maschine bewältigt, in einem Tempo, das auch den hoffnungsfreudigen und arbeitsstarken Hafenarbeitern die Arme sinken läßt. Gegen die zehnfache Leistung der Maschine kann die Hand nicht konkurrieren. Auch die Hebezeuge der Häfen wie der Seeschiffe sind der modernen Transportförderung angepaßt. Von der „Soob“- (Hand-) Winde, die sich bis in die achtziger Jahre erhielt, bis zum Ladegeschirr von einer Tonne Tragfähigkeit war vielleicht ein weiterer Weg, als von dem Ladegeschirr mit drei bis fünf Tonnen Tragfähigkeit vor zwanzig Jahren bis zum Schwergutladeschirr von fünfzehn Tonnen, wie es heute selbst die in kleiner Fahrt beschäftigten Schiffe an Bord haben. Die heutige Wirtschaft will keine Maschinen teile versenden, sondern Maschinen und die Seeschiffe müssen sich dem auch in dem Raum- und Lumenmaß sowie in der Stabilität ihrer Bauart anpassen. Bei zwei Spezialschiffen der Bremer „Hansa“ steigert sich die Lugengröße auf 22 mal 7 Meter. Diese beiden Schiffe, zwei weitere folgen, haben Schwergutladeschirre mit 120 Tonnen Tragfähigkeit, wie sie sonst nur noch einige wenige Schiffe der Welthandelsflotte haben. Abgesehen von dieser Ausnahme haben die modernen Frachtschiffe der Großreedereien meistens Einrichtungen zur Uebernahme von Lasten im Gewicht von 25 bis 50 Tonnen, über Luken im Ausmaß von 9 mal 5 Meter bis zu 12 mal 6 Meter.

Es gibt noch schwerere Kollis zu transportieren und auch dafür ist in den meisten modernen Häfen gesorgt. Neben den landfesten Kränen von 1½ Tonnen Tragfähigkeit an, gibt es in vielen Abstufungen schwimmende und landfeste Kräne bis zur Tragfähigkeit von 250 Tonnen.

Die Sackkarre ist eine Erinnerung geworden wie der Kran, der mit einer Hiede aus dem Schiffsbauch kam. Heute schwenkt der Kran drei Hieben auf den Elektrokarren, der sie zum Stapel fährt, wo die Stapelwinde die Säcke, Ballen ujm. ausbringt.

Von 1896 bis 1930 hat sich der Verkehr im Hamburger Hafen fast verdreifacht, die Zahl der Hafenarbeiter stieg um höchstens 25 Proz. Wie wäre es auch sonst möglich, daß die Seeschiffahrtsgesellschaften 1929 noch 6,8, ja 10 Proz. Dividende verteilen konnten, bei einem Frachtindex von 90 und einem Unkostenindex von 160. Ebenjenseitig wie aus der Rationalisierung der Güterbewegung im Hafen holten die Reeder aus der Modernisierung der Transportgefäße ihrer Schiffe heraus. Es würde zu weit führen, die Entwicklung der Seeschiffahrt vom Segelschiff ohne und mit Schiffsmaschine über den Einschraubendampfer bis zum Turbinenschiff und Dampfer mit Kohlenstaubfeuerung zu schildern. Aber jeder Schritt bedeutete Erparung, bessere Ausnutzung des Raumes und Verbilligung des Transports (cum grano salis zu verstehen). Der schnellere Umschlag im Hafen bedeutet mehr Reisen für das Schiff und nicht zuletzt: 20 Matrosen, 5 Leichtmatrosen und 5 Jungen

waren teurer als heute 14 Matrosen, 8 Leichtmatrosen und 6 Jungen. Wobei wir an den starken Abbau in der Maschine nur erinnern.

Der Transport ist ebenso rationalisiert wie die „Wirtschaft“ überhaupt. In gewissem Sinne sogar stärker, denn sowohl in englischen wie auch in deutschen Schiffsfahrtskreisen fängt man an, über die stets „neuen Errungenschaften“ der Schiffsbaukunst zu murren. Börne sagte: „Seitdem Pythagoras hundert Ochsen opferte, als er seinen bekannten Lehrsatz entdeckte, zittern alle Ochsen, wenn eine neue Erfindung gemacht wird.“ Es zittern heute auch schon Menschen und sogar Schiffsfahrtsdirektoren.

Sie zittert zwar nicht, die Deutsche Reichsbahngesellschaft, aber recht wohl ist ihr nicht bei der Rationalisierung im Landtransportwesen. Die Bahn hat in 56 360 Kilometer Eisenbahnlänge, in 25 990 Lokomotiven, in 664 607 Güterwagen mit 11 Millionen Tonnen Tragfähigkeit etwa 24 Milliarden hineingesteckt — Volkseigentum. Sie leistete 1928 73 822 Millionen Tonnenkilometer, sie bewegte 522,4 Millionen Tonnen Güter und beschäftigte rund 700 000 Beamte und Arbeiter. Sie hatte jahrzehntelang ein Monopol. Zwar stand und steht sie dauernd im Kampf mit der Binnenschiffahrt, aber wenn man von der durch die Eisenbahn-

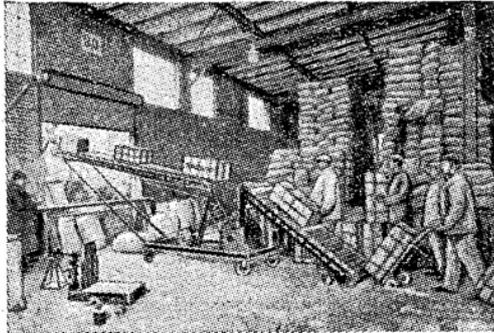
konkurrenz verschlechterten Rentabilität absieht, hat die Binnenschiffahrt den Kampf gewonnen und ihren Transportanteil ziemlich stabil erhalten. Von der Gesamtgüterbewegung in Deutschland, die 1913 594 Millionen Tonnen betrug, buchte die Seeschiffahrt 52 Millionen, die Binnenschiffahrt 97 Millionen und die Eisenbahn 445 Millionen Tonnen. Der Anteil der Binnenschiffahrt an der von ihr und der Eisenbahn zusammen transportierten Gütermenge betrug 17,9 Proz. 1929 waren die Zahlen in gleicher Reihenfolge 576, 44, 100 und 432 sowie 18,8 Proz. Der Anteil der Binnenschiffahrt ist also sogar etwas gestiegen und man schätzt ihn für

1930 sogar noch etwas höher. Hat im Kampf gegen die Binnenschiffahrt die Reichsbahn nichts gewonnen, so dürfte sie an den Lastkraftwagen verloren haben. Derlässliche Zahlen über den Lastkraftwagenverkehr stehen leider nicht zur Verfügung. Aber der Hinweis, daß die Zahl der Lastkraftwagen in den letzten zwanzig Jahren von 3019 auf 143 942 stieg, läßt ahnen, daß die neue Konkurrenz für die Reichsbahn recht schmerzhaft sein muß. 1910 betrug das deutsche Eisenbahnnetz 59 031 Kilometer, die Bahn hatte 27 903 Lokomotiven und 577 095 Güterwagen mit rund 8 Millionen Tonnen Tragfähigkeit und beschäftigte rund 703 000 Personen. Aber sie beförderte 1910 mit 8 Millionen Tonnen Tragfähigkeit 586 Millionen Tonnen Güter und 1928 mit 11 Millionen Tonnen Tragfähigkeit nur noch 522,4 Millionen Tonnen. Dabei hat die Reichsbahn natürlich den neuen Anforderungen des Transports Rechnung tragen müssen. Die Zahl der Güterwagen ist um gut 15 Proz., ihre Tragfähigkeit dagegen um 37,5 Proz. gestiegen. Der Rückgang in der Zahl der Lokomotiven erklärt sich durch die Ersetzung von Leistungschwachen durch moderne stärkere. Spezialgüterwagen wurden gebaut, Unterbau und Brücken mußten verstärkt werden, weil die Befastung wuchs. Aus alledem zog die „Wirtschaft“ zwar ihre Vorteile, aber die Bahn selbst hatte von ihrer Rationalisierung nicht den in der Industrie üblichen Erfolg, die den Aufwand für Maschinen durch Entlassung von Arbeitern überkompensiert. Das ist im Transport- und Verkehrsweisen weit weniger möglich als in der Industrie.

Nun kommt hinzu, daß der Lastkraftwagen der Bahn einträglicher, zum Teil die einträglichen Güter wegnimmt. Das wäre nie möglich gewesen, wenn die Reichsbahn die Zeichen der Zeit verstanden und sich nicht auf ihr „Monopol“ versteift hätte. Es ist vieles faul im Lastkraftwagenwesen, aber oberfaul ist die Bekämpfung dieses neuen Transportmittels durch die Reichsbahn. Ihre Kampfstarke kommen einer Anzahl der „Großen“ zugute, aber nicht der Allgemeinheit.

Transport gehört zur Wirtschaft und in beiden ist Bindung zugunsten einer kleinen Menschengruppe ein Schaden für die Allgemeinheit.

C. Lindow.

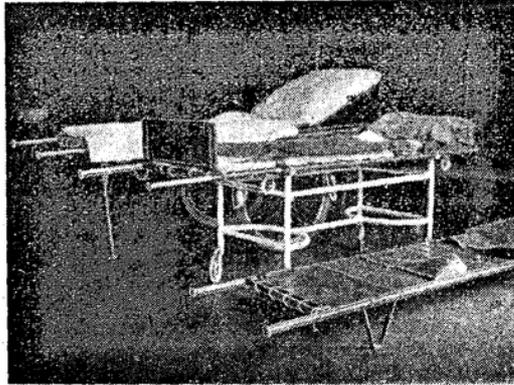


Speicherarbeit am laufendem Band

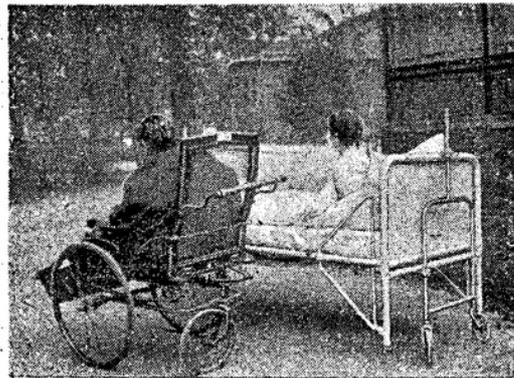
Transportwesen im Krankenhaus

Wie der Baustil und die Einrichtung der Krankenhäuser, so ist auch das Transportwesen im Krankenhaus — durch die Entwicklung der Technik — ständigen Veränderungen unterworfen. Es wird kaum glaubhaft erscheinen, daß noch vor etwa 40 Jahren die Kranken in einer korbgeflochtenen Trage von der oft stundenweit entfernten Wohnung in das Krankenhaus getragen werden mußten. Die Korbtrage hing in sogenannten Tragriemen der „Siegknechte“. Für Kranke waren die Transporte mit Unannehmlichkeiten verbunden und für die Träger war das eine Schinderei. Bald folgte dann der Krankenwagen mit Pferdegespann, mit dem jahrzehntelang die Krankentransporte außerhalb des Krankenhauses ausgeführt worden sind. Die Geschirrführer und Hausdiener hatten oft Dienst bis 48 Stunden hintereinander, 100 Stunden Arbeitszeit war in jener Zeit keine Einzelercheinung, sondern durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit für die mit dem Krankentransport betrauten Personen. Das war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer in den Krankenanstalten noch im Anfangsstadium der Entwicklung begriffen war und der Wille zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß durch Maßnahmen der Verwaltungsstellen künstlich beschränkt wurde. Einige Jahre vor dem Kriege kam dann der Kraftwagen, das bekannte Rettungsgewagen, das nun alle Krankentransporte außerhalb des Krankenhauses ausführt. Mit dem Einsetzen des Kraftwagenbetriebes erfolgte nach und nach eine Zentralisation im Krankentransportwesen in der Form, daß besonders in Großstädten mit mehreren Krankenhäusern alle Transporte an einer Stelle gemeldet und von dieser Stelle aus sämtliche Transporte für alle Krankenhäuser ausgeführt werden. Das hat sich bis jetzt bewährt. — Die Transporte sollen von Personen ausgeführt werden, die über krankenpflegerische Kenntnisse verfügen, besonders in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und bei ansteckenden Krankheiten. Auf die Ausbildung solcher Personen muß auch die Leitung der Krankenhäuser achten, da schließlich die Aufnahme eines Kranken im Krankenhaus bereits beim Eintreffen der Sanitäter in der Wohnung des Kranken ihren Anfang nimmt. — Für das Transportwesen innerhalb eines Krankenhauses lassen sich keine allgemeingültigen Richtlinien aufstellen, weil hier eine Anzahl Faktoren zu beachten sind, die das Transportwesen bestimmend beeinflussen. Zunächst kommen der Baustil und die Größe der Krankenhäuser in Frage. Im besonderen löst die Einrichtung der Gebäude auf die Gestaltung des Transportwesens bestimmte Wirkungen aus. Hier sei nur an die mechanischen Hilfsmittel erinnert. Leider sucht man in manchen umgebauten Krankenhäusern vergeblich nach mechanischen Aufzügen in mehrstöckigen Gebäuden. Das Fehlen solcher Hilfsmittel ist ein Grund mit, für die Klage über angeblich hohen Personalstand in manchen Krankenhäusern. Die Größe des Krankenhauses bezieht sich auf die Anzahl der vorhandenen Krankenbetten und auf die räumliche Ausdehnung der Anstalt. Hinzu kommt die Zweckbestimmung des Krankenhauses: Dient es nur den praktischen Bedürfnissen der Krankenbehandlung oder gleichzeitig für Lehr- und Unterrichtszwecke. Schließlich sei noch auf den Werkstätten- und landwirt-

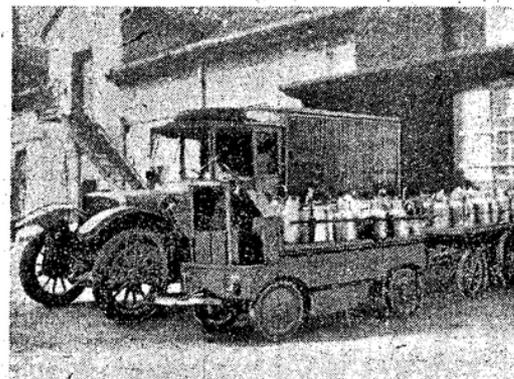
schäftlichen Betrieb in vielen Krankenanstalten hingewiesen. — In einem Krankenhaus mit über 1000 Betten, die Gebäude im Baracken-, Pavillon- und Blockbau gehalten, mit Lehr- und Unterrichtsbetrieb, gestaltet sich das Transportwesen ungefähr folgendermaßen: Das Rettungsgewagen hat einen Kranken zur Ausnahme ins Krankenhaus gebracht. Zur Erleichterung der Krankenumbettung von der Trage der Sanitäter auf die krankenhauseigene Trage wird der Kranke auf der Trage nicht mehr auf den Fußboden der Aufnahme gestellt, sondern auf ein zirka 50 Zentimeter hohes Fahrgestell mit Gummirädern. Diese Maßnahme erleichtert die Umbettung des Kranken. Sie beschränkt die mit der Umbettung oft nicht vermeidbaren Unannehmlichkeiten für den Kranken und die Ursache zu manchem Schaden der Sanitäter und Krankenwärter beim Heben schwerer Kranker auf das geringste Maß. Die Ueberführung des Kranken von der Aufnahme zur Station erfolgt mit dem Verlegungswagen. Dieser ist gut gefedert und die Räder mit Luftbereifung versehen. Ursprünglich hatten die Räder Eisenbereifung



Krankentragebahnen in dreifacher Verwendungsart



Krankenfahrstuhl und Bettfahrer



Karo und Elektrokarren mit Anhänger zum Speisetransport

Unterkunftsgewährung eines Kranken im Krankenhaus gehört die Beköstigung. Speisen und Getränke müssen von der Küche zur Station gebracht und leere Gefäße wieder abgeholt werden. Zunächst wurden die Speisen und Getränke in Kübeln und Menagen von der Küche zu den Stationen getragen, dann benutzte man dazu verschiedene Handwagen und seit einigen Jahren die bekannten Elektrokarren in mannigfacher Ausführung. Im Interesse des Verpflegungsbetriebes und der Kranken liegt es, wenn in den Dienst der Speisetransporte im Krankenhaus mit räumlich ausgedehnten Gebäuden technische und andere Hilfsmittel zur Vermeidung großer Wärmeverluste der Speisen und Getränke gestellt werden. Ueberall sollte darauf geachtet werden, daß die Speisen und Getränke aus der Anstaltsküche auf den Stationen nicht nachgewärmt werden müssen. Auf diesen Umstand muß bei Beschaffung der Gefäße und Transportwagen geachtet werden. — Zweck eines Krankenhauses ist die Heilbehandlung kranker Menschen.

Die Betrachtung zeigt, daß selbst das Transportwesen von Bedeutung für sachgemäße Behandlung der Kranken im Krankenhaus ist und daß es sich dabei um die richtige Organisation aller mit dem Transportwesen verbundenen Arbeitsvorgänge handelt.

Der Betriebsrat kann auch hier ein Stück Arbeit leisten, das den Kranken und den im Transportwesen tätigen Arbeitnehmern zugute kommt.

W. Schapitz

Transportarbeiter: Berufsathleten des Alltags

Es gibt Leute, denen es ziemlich gleichgültig ist, ob ein Klavier altmodisch oder fabrikneu, ob es wohlklingend oder gräßlich verstimmt in ihre — Arme kommt. Sie wickeln es ein und legen Gurte darum, um es zu transportieren. Das ist anscheinend ihr einziges Interesse an einem solchen Instrument. Und auf großen Automobilen gleichen die so behandelten Klaviere einander in der



Eine gefährliche Ecke
Nur der Facharbeiter vermag sie mit so großen Lasten zu nehmen, ohne dabei anzustoßen

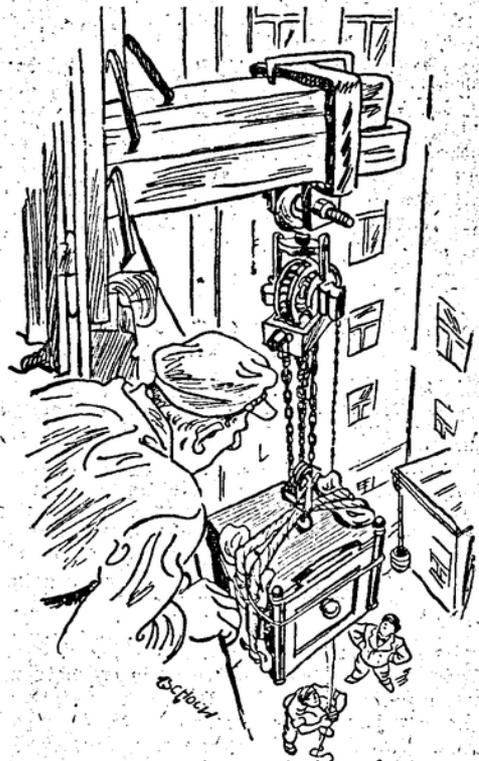
Tat wie — nun, etwa wie ein Ei dem anderen. Sie tragen sozusagen Einheitskleidung, graue oder rote Überzüge, die ein wenig weit gearbeitet sind, damit sie in jedem Falle passen. Darf man dem „Chef“ einer Spezialfirma für Piano- und Geldschranktransporte glauben, so bietet der Umgang mit Klavieren weit mehr Gelegenheit, die Bewohner einer Stadt mit ihren Bräuchen und Nöten kennenzulernen als mancher andere Beruf. „Klaviere und Flügel“ führen überall hin, in luxuriöse Villen und in Notquartiere, in Heime und Anstalten, sogar — ins Theater und in den Konzertsaal. Man muß ganz bestimmte Griffe anwenden, um so gewichtigen Lasten erfolgreich beizukommen, und man muß mit ihnen umgehen können, ohne enge Treppenhäuser um allen Deckenputz zu bringen. Sonderbarerweise lieben es die einschlägigen Firmen, in alten Häusern zu fabrizieren, deren Treppen es einem einigermaßen stattlichen Manne schwerlich gestatten, aufrechtzubleiben. Heißt es nun gar, mit einer so unförmigen Last wie einem Klavier wahre Engpässe von Treppenkurven zu nehmen, so bedarf es neben einiger Kraft auch eines erheblichen Quantum Geschicklichkeit. Da wird häufig mit Klavieren so sicher und gewagt jongliert, daß der geschickteste Kraftmensch auf der Varietébühne darob erblassen müßte. Hin und wieder geht es wirklich nicht; dann kommen groteske „Kniffe“ in Frage. Man kann Klaviere durch Fenster reichen oder Decken durchbrechen, um sie von Stockwerk zu Stockwerk emporzuheben. Das alles ist schon dagewesen und mancher Transport hat eine Sensation abgegeben, die Hunderte und Tausende von Zuschauern stundenlang in ihren Bann zog. Man stelle sich vor, daß so ein Piano über das Dach des Transportautos durch ein Fenster des ersten Stockwerks gereicht wird. Oder daß ein Villengrundstück seitlich „aufgeschlitt“ werden muß, um einen riesigen Flügel durch die so entstandene Mauerlücke schweben zu lassen. Und schließlich gibt es noch andere „Rekorde“: 55 Minuten dauerte beispielsweise die Beförderung eines wertvollen historischen Instrumentes bis zum zwölften Stockwerk des ersten Leipziger Hochhauses. Und eine reichliche halbe Stunde brauchte ein Klavier, das Europas höchsten Dachgarten am Augustusplatz in Leipzig zum Ziel hatte. Stundenlang pflegen Geldschranktransporte zu währen, ehe die kräftigen Balkeneinbauten beseitigt werden können, an denen Lasten von fünfzig und mehr Zentnern langsam von Stockwerk zu Stockwerk schweben.

Aber der Piano- und Geldschranktransport hat, wie bereits angedeutet wurde, noch eine psychologische Seite. Jeder Auftrag bedeutet einen Stein zu dem bunten Mosaik des Lebens im Häusermeer einer großen Stadt. Da spielt sich eine Fülle kleiner Auftritte, Komödien und tragischer Zwischenfälle ab, die dem besten Bühnenschriftsteller Ehre machen würden. — Besonders häufig sind in der jetzigen Notzeit Transporte in amtlichem Auftrage.

So manches Klavier aus jahrelangem Familienbesitz wird von den Behörden erfaßt. Und da der Vollstreckungsbeamte es nicht gut unter den Arm nehmen kann, muß er ein paar kräftige Leute mitbringen. Meistens gibt es dann einen üblen Empfang, denn niemand läßt sich gerne etwas wegnehmen, was zu den wenigen Annehmlichkeiten des Lebens zu rechnen ist. Wohl das tollste Erlebnis einer solchen „Kommission“ war jedoch die Bewillkommung durch einen Fleischermeister, der mit einem gewaltigen Schlachtbeil bewaffnet in den Türrahmen trat und jeden niederzuschlagen drohte, der sich an seinem Instrument vergreifen würde. Tatsächlich blieb das Klavier in seinem Besitz: als nämlich die Polizei erschien, ging er hin und — zerstörte es mit wuchtigen Belthieben so gründlich, daß die Vollstreckung überflüssig wurde.

Glücklicherweise spielen sich die meisten Pfändungen weniger dramatisch ab. Zur Abwechslung sei ein Fall geschildert, der als „Ehekrieg um einen Flügel“ einer gewissen Komik nicht entbehrt. Der Ehekrieg war eigentlich ein Scheidungskrieg und der Flügel — das letzte Streitobjekt. Sowohl der Mann wie auch die Frau beteuerten, daß er ihr persönliches Eigentum sei und die gerichtliche Entscheidung der Frage stand bevor. Sei es nun, daß der Mann nicht viel Zutrauen zu den Richtern hatte, sei es, daß er ein unbeschämtes Bedürfnis spürte, dem strittigen Instrument hebliche Töne zu entlocken, — er beschloß, den Flügel regelrecht zu entführen. Da er wußte, daß die Frau den Abend bei einer Nachbarin verbringen würde, wählte er diese Tageszeit, um in Begleitung dreier Männer in die Wohnung einzudringen und den Flügel heraustragen zu lassen. Als der Raub aber auf das Transportauto geladen werden sollte, benachrichtigten Nachbarn die feindliche Partei. Im Geschwindschritt erschien die benachbarte überläufigste Ehehälfte, fiel den Trägern in die Arme und erreichte es, daß der geraubte Flügel unter dem Beifall eines stattlichen Menschenauflaufes zurückgetragen wurde, während der Ehemann dem Spott die Flucht vorzog. — Auf den Lagerböden

der „Studentenbank“, wie das städtische Leihhaus im Volksmunde heißt, mehrt sich der Bestand an Klavieren und Flügeln recht bedenklich und die Tage ist bei diesem Ueberangebot erheblich gesunken. Immerhin können wertvolle Stücke noch zu „lohnenden Odds gelandet“ werden. Und das schließlich nicht ausgeschlossen ist, daß „schwerreiche Leute“ einmal in Geldverlegenheiten geraten, wenn sie ihre Sommerreise antreten möchten, hält das Transportauto hin und wieder auch vor einer Luxusvilla. „Wenn irgend möglich“ wird die Verladung bei



Langsam schwebt der Geldschrank in die Höhe
Eine respektable Transportleistung, die immer wieder Bewunderung erweckt

Anbruch der Dunkelheit vorgenommen, da es sich nicht gleich herumzusprechen braucht, daß die Kreditwürdigkeit der feudalen Bewohner nur ein wenig in Frage steht. Und im Notfall — geht der Flügel „in Reparatur“. Das kann jedem Flügel passieren, und wenn das Transportauto ein paar Haken schlägt, ehe es „Richtung Studentenbank“ nimmt, läßt sich die bittere Wahrheit recht gut verschleiern.

Todeskampf der Freiheit

I.

Der Verlag J. S. W. Dietz, Berlin SW 68, hat unter diesem Titel aus der Feder des früheren Chefredakteurs Renzi vom „Sozialdemokratischen Landesorgan Italiens“ ein Buch herausgebracht, das den Faschismus in seiner ganzen abgrundtiefen Verworfenheit und Zerstörungssucht zeigt. Die heutigen Zustände in Deutschland weisen mit den damaligen Vorgängen in Italien in mancher Beziehung eine Parallele auf. Um aber auch zu zeigen, wohin der Nationalsozialismus führt, geben wir im nachfolgenden einige Kapitel aus dem Buche wieder. (D. R.)

Wie die übrigen Länder Europas mußte auch Italien seinen Tribut sozialer Unruhen dem Verbrechen des Krieges entrichten.

Auf der einen Seite hatten wir ein Proletariat, das die Schaustellung der Orgien und des Lurus der neuen Reichen erbittert und das den Sturm des Aufstandes fühlte, der vom Osten über ganz Europa ausging.

Ihm gegenüber stand ein Bürgertum, das ohne irgendwelchen Kraftaufwand ungeheure Geldsummen aufgehäuft hatte und doch keineswegs den weiten Blick eines wirklich neuen Wege gehenden Unternehmertums besaß, ein Bürgertum, das im Kriege dem Heere Stiefel mit Pappsohlen und Kugeln aus Blech geliefert hatte und sich jetzt der Börse zuwendete, wo es mit derselben Leichtigkeit wie bei den Staatslieferungen verdienen wollte.

Zwischen beiden die Intellektuellen und das ländliche Kleinbürgertum, die zusammen fünfzig Jahre lang das Gerüst des Staates gebildet, der Regierung niemals Schwierigkeiten gemacht hatten als ein unerschöpfliches Reservoir der Ordnung und des Gleichgewichts, die aber jetzt an einer schweren inneren Krise laborierten. Gerade auf diese Klassen fallen zunächst die Folgen der wirtschaftlichen Krise, die anfängt, auf dem Lande zu lasten. In diesen Klassen werden die Rückschläge der Verhandlungen von Versailles am schwersten empfunden, in ihrer Mächtigkeit jeder Gerechtigkeit. Schließlich sind es diese Klassen im Verein mit der Dorhut des Proletariats, in denen die idealistische Philosophie und die Theorie der Gewalt Boden fassen.

Und der Staat? Und die Regierung? Und das Parlament?

Während der Krieg alles verändert und umgestürzt hat, ist der Staat in seiner konkreten Form, das heißt in seinem bürokratischen Apparat, der gleiche geblieben und bewegt sich weiter in den altgewohnten Gleisen. Er kennt keine Eile. Auch das Parlament begnügt sich mit ewigen Diskussionen, bei denen veraltete oder abstrakte Programme zutage treten. Die Regierung gibt sich Mühe, zwischen den Parteien zu lavieren. Sie ergreift nie die Initiative, sie führt nicht, kaum daß sie nachkommt. Da die Parteien der Mehrheit in allen wichtigen Problemen uneins sind, wendet man die Methode an, jede Entscheidung zu vertagen.

Das im Jahre 1912 gewählte Parlament ist kaum noch ein schwacher Abglanz des Landes. In ihm wird ohne Ende geredet über alles und nichts, Altweibergewäsch, wie Cassale vom Preußischen Landtag unter der Bismarckschen Faust sagte.

Am 20. Juni 1919 wird das Ministerium Orlando gestürzt, und Nitti übernimmt die Nachfolge. Er ist einer der jüngeren parlamentarischen Führer, der in bezug auf die Organisation des Staates und vor allem auf die Organisation des Friedens ein klares und kühnes Programm hat. Aber er muß mit einer Mehrheit rechnen, der sowohl Zusammenhalt als auch Mut fehlt, und mit einer außerordentlich schwierigen Lage. Kaum hat er die Nachfolge Orlando angetreten, als schon die nationalistiche Partei und die in Mailand von Mussolini gegründeten „Fasce“ gegen ihn Stellung nehmen. Unter der Führung d'Annunzios nimmt die Agitation für Fiume und Dalmatien immer schärfere Formen an. In den großen Städten finden Versammlungen und Umzüge statt, und man beschuldigt den Premierminister, der Liquidator des Sieges zu sein, ehe er irgendwie in die Unterhandlung eingreifen kann. Dies ist der Empfang von der rechten Seite.

Auf der linken ist das Mißtrauen gegen den Staat unbedingt und unbegrenzt. Die wirtschaftliche Krise beginnt die geistige Gärung noch zu verschärfen. Diese Fabriken werden geschlossen. Von heute auf morgen verlieren die Frauen, die man während des Krieges in die Fabriken und Büros geschickt hatte, ihre Arbeit. Die Lebensmittelpreise werden unerschwinglich, die Not steht vor der Tür. — Schon in den ersten Junitagen war in Ligurien ein Aufstand gegen die Teuerung ausgebrochen. Gleichzeitig hat in Bologna eine riesige Demonstration von Landarbeitern stattgefunden, die die Forderungen ihrer Organisation dem Präsekteur vorlegten. Die Streike häuften sich in allen Teilen des Landes,

Anfang Juli nahm die Bewegung alle Züge des Massenaufstandes an, der von der Romagna auf den Norden und Süden der Halbinsel übergriff. Man kann wohl sagen, daß die einzige Ermahnung zur Mäßigung von sozialistischer Seite kam. Der „Avanti“ veröffentlichte damals eine Artikelserie, um zu beweisen, daß die den Kaufleuten gewaltsam aufgezwungene Ermäßigung aller Preise um fünfzig Prozent unsinnig und zwecklos war. Der „Popolo d'Italia“ (das Kampfblatt Mussolinis) hatte Riefentitel: „An die Laterne mit denen, die das Volk aushungern.“

Die Bewegung dauerte eine Woche. In verschiedenen Städten kam es zum Blutvergießen. Hier und da wurden Sowjets gebildet nach bolschewistischem Muster. In manchen Orten machten die zum Niederwerfen der Unruhen entsandten Truppen gemeinsame Sache mit den Aufständischen.

War es nur ein primitiver Sinn der Revolte, als Reaktion auf die erniedrigende Disziplin der Kriegsjahre, der Bürger und Bürgerinnen auf die Straßen trieb? Das war es wohl. Aber es war nicht nur das. Es gibt immer Menschen, die die Unordnung um ihrer selbst willen lieben. Leute, die die Straße anzieht, die überall sind, wo es gärt. Lebers Jahr werden sie sich ein schwarzes Hemd anziehen und sich sehr ernstlich daran machen, eine fürchterliche Verwirrung zu schaffen, um so ihren Führern die Gelegenheit zu bieten, die Ordnung wiederherzustellen. Dort läufig ziehen sie gern ein rotes Hemd an, obwohl sie nicht das geringste mit den sozialistischen Organisationen zu schaffen haben. Sie sind es, die die Läden plündern und die Menschen anpöbeln. Man trifft sie, wie sie schwer beladen ihre Beute nach Hause schleppen. Schuhe, die nicht zueinander passen, Seidenstrümpfe, Pelze. Sie kommen aus den zweideutigen Gegenden der äußeren Stadt und kehren dahin zurück. Sind es Proletarier? Nein, es ist die Hefe.

Das Proletariat, dem das Ideal sozialer Gerechtigkeit leuchtet, will einer neuen Ordnung den Weg bahnen. Es zerstört die Waren nicht, es requiriert sie; es plündert die Läden nicht, sondern stellt Wachen auf, um die Plünderung zu verhindern. Es ist stolz auf die Funktionen, die es sich zuspricht. Sein Instinkt sagt ihm, das nichts das historische Gesetz aufhalten kann, nach dem die organisierte Arbeit zur einzig leitenden Macht der Gesellschaft werden muß.

Als die verängstigten Kaufleute in die Arbeiterkammer kamen, um die Schlüssel ihrer Läden abzuliefern und die Beschlüsse der organisierten Masse entgegenzunehmen, spendete das Proletariat ihnen Beifall, weil es in diesem Verhalten eine der Arbeit dargebrachte Huldbildung sah. Unter richtigen Führern würde dieses Proletariat zum unbefiegbaren Kämpfer der Revolution...

Aber ach, die Führer ließen sich nicht blicken.

Als der Befehl kam, die Unruhen einzustellen, gehorchte die Masse ihrer Organisation. Aber der revolutionäre Mystizismus hatte einen ersten schweren Schlag erhalten. Den zweiten erhielt er nur wenige Tage später bei dem internationalen Generalstreik vom 20. und 21. Juli. Auch diesmal war also die große Abrechnung, die gespenstisch die Einbildung der Bourgeoisie bedrängte, in weiter Ferne geblieben. Das von der Bourgeoisie befürchtete Ende mit Schrecken sollte nicht kommen. Es kam schließlich, aber für die Arbeiter.

Trotzdem kann es nicht geleugnet werden, daß die italienische Gesellschaft als Ganzes alle geschichtlichen, psychologischen und wirtschaftlichen Bedingungen ihres Zusammenbruchs aufwies.

Aber die sozialistische Partei vertrödelte ihre Zeit in endlosen doktrinären Diskussionen über die Formel der Revolution. Nun ist es ein vollständiger Unsinn, in solchen Stunden das Für und Wider sorgfältig abzuwägen, denn während man diskutiert, reifen die Situationen und gestalten sich um.

In der Tat gingen die herrschenden Klassen Italiens nach den Juniaufständen und dem Justizstreik zur methodischen Organisation ihrer Abwehr- und Angriffsmittel über. Als Nitti die Regierung übernommen hatte, war der Staat im Zustand völliger Zerrüttung. Es gab keine Polizei mehr. Die Zahl der Karabinieri war stark zusammengeschrumpft. Die Ereignisse hatten jedoch gezeigt, daß man sich des Heeres weder gegen das Proletariat noch gegen die nationalistiche Rechte bedienen konnte. Denn die Soldaten fühlten sich mit ihren Klassengenossen solidarisch. Und die Nationalisten hatten engste Fühlung mit dem Generalstab und dem Offizierskorps. Nitti reorganisierte also die Polizei, vermehrte die Karabinieri und schuf jene „königliche Garde“, die aus früheren Offizieren und Kriegsteilnehmern rekrutiert wurde.

Das Eindringen der Nazi in die Betriebe

Grundsatz: „Jeder freie Arbeitsplatz einem Nationalsozialisten.“

Durch den sie selbst überraschenden Erfolg bei den Reichstagswahlen angespornt, sind die Nazi mit erhöhtem Eifer an der Arbeit, ihrem „Dritten Reich“ den Weg zu bereiten. Daß sie da bei der Wahl ihrer Mittel sich kein Gewissen machen, dafür sprechen ihre geradezu furchtbaren Taten, die ebensooft blödsinnige Dummheit wie brutale Rücksichtslosigkeit und Gewalt erkennen lassen. Wie sie dabei zu Werke gehen, das beleuchtet Günther Stein im „Berliner Tageblatt“ an Hand eines 14seitigen Rundschreibens der Nationalsozialisten, das „Streng vertraulich“ von der „Kreisleitung Groß-Frankfurt III A. Betriebszelle“ herausgegeben worden ist, und das u. a. folgende Anweisungen an die Betriebsfunktionäre enthält:

„Der nationalsozialistische Betriebsfunktionär hat die Aufgabe, die Betriebe zu Hochburgen des Nationalsozialismus auszubauen.“ „Offene Propaganda kann mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen im allgemeinen nur vor oder nach der Arbeitszeit sowie in den Frühstück- und Mittagspausen ausgeübt werden. Während der Arbeitszeit ist Vorsicht geboten (ohne daß deswegen die Propaganda ganz zu ruhen braucht!).“ „Jeder Arbeiter und Angestellte kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben, aber politisch muß er den Weg zur NSDAP. gehen. Gewerkschafts- und NSDAP.-Mitgliedschaft schließen sich nicht aus. Die NSDAP. sieht in den nunmehr angestrebten Betriebszellen-Organisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Dem NS-Funktionär wird es zur Pflicht gemacht, freie Arbeitsstellen sofort der Kreisgeschäftsstelle zu melden. Es muß im übrigen dem Geschäft des Funktionärs überlassen werden, so taktisch klug vorzugehen, daß es ihm gelingt, die Stelle mit einem Parteigenossen zu besetzen. Während der dort sich vorstellende Parteigenosse „zufällig“ von der Stelle erfahren haben muß oder „zufällig“ nach Arbeit fragt und sich streng neutral zu verhalten hat, wird es in anderen Betrieben notwendig sein, den benachrichtigten Parteigenossen anzuweisen,

sich als NS-Mann auszugeben und ihn am besten an den in Frage kommenden, die Einstellung bewirkenden Angestellten zu überweisen.

Günther Stein bemerkt zu diesem Rundschreiben:

„Es gibt in Berlin und anderen Städten riesige Unternehmungen mit Weltruf, in denen bei jeder Neueinstellung von Arbeitern nach vorangegangenen Entlassungen der Anteil der Nationalsozialisten an den Belegschaften mit einer verblüffenden Konsequenz des „Zufalles“ wächst. Es gibt Betriebe, in denen die Oberleitung einen zwar nicht gerade leidenschaftlichen aber um so erfolgloseren Kampf gegen die mittleren Stellen führt, die auf Grund ihrer Vollmachten zur Einstellung neuer Kräfte nur Nationalsozialisten und Stahlhelmer nehmen.

Zwei Faktoren sind schuld daran, daß dem so ist; die mangelhaften Befugnisse der Arbeitsvermittlung an erster Stelle. Die staatlichen Arbeitsämter haben nicht das Recht, die Anmeldung aller offenen Stellen zu verlangen und haben den Arbeitsmarkt deshalb nicht mehr genügend in der Hand. Obwohl der Reichsarbeitsminister anordnen kann, daß der Meldezwang für offene Stellen durchgeführt wird, ist in dieser Hinsicht noch immer nichts geschehen.

Politische Gründe sind es zweitens, die nunmehr dazu beitragen, daß die Neubesezung offener Stellen sich nach so unsachlichen Grundsätzen vollzieht, wie es jetzt der Fall ist. Was jetzt in Deutschland vorgeht, ist ein stummer, aber grimmiger Kampf gegen die Gewerkschaften, eine Vorbereitung nationalsozialistischer Machtergreifung unter Förderung oder mindestens stillschweigender Duldung einer sehr großen Anzahl von Unternehmern.“

Soll man nicht auch noch den Eindruck erhalten, daß diese Vorgänge auch die Förderung und Duldung der Behörden erfahren, so muß erwartet werden, daß baldigst eine Prüfung der Frage erfolgt, ob nicht wichtige Gründe jetzt für die schleunige Einführung des Meldezwanges bei der Arbeitsvermittlung sprechen. An unsere Belegschaften aber ergeht die Mahnung, den Bestrebungen der Nazi allergrößte Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihnen mit den schärfsten Abwehrmaßnahmen entgegenzutreten.

Betriebsvertretung der Arbeiter im Jahre 1930

Ein Gesamtüberblick über den Ausgang der Wahlen im Jahre 1930 konnte bis jetzt nicht gewonnen werden, da es der Berichterstattung der Verbände an Einheitlichkeit fehlte. Erst jetzt, mit großer Verspätung, die hoffentlich bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen 1931 vermieden wird, kann eine Uebersicht bekanntgegeben werden, die die Berichte von 18 Verbänden zusammenfaßt. Es fehlen in dieser Berichte für das Baugewerbe (Baugewerksbund, Zimmerer, Dachdecker), wo die gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiter auf besonderen Grundlagen ruht, und für das Bekleidungs-gewerbe, wo die Erhebung durch die Vorherrschaft von kleineren Betrieben erschwert wurde. In den übrigen Gewerbezweigen sind in den Mittel- und Großbetrieben insgesamt etwas mehr als 7 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Da aber die Betriebsratswahlen in der Regel nicht in sämtlichen dazu berechtigten Betrieben stattfinden (in erster Linie scheiden viele Mittelbetriebe aus), muß die Zahl der Arbeiter, die sich an den Betriebsratswahlen 1930 beteiligt haben, erheblich unter 7 Millionen liegen. Die Berichte beziehen sich auf Betriebe mit rund 5,9 Millionen Beschäftigten, sie geben also den Ausfall der Betriebsratswahlen mit ausreichender Vollständigkeit wieder.

In den erfaßten Betrieben wurden im Jahre 1930 insgesamt 156 145 Arbeiterratsmitglieder gewählt, die sich wie folgt verteilen:

| | Arbeiterratsmitglieder | Prozent |
|---|------------------------|---------|
| Freie Gewerkschaften | 135 689 | 86,9 |
| Christliche Gewerkschaften | 11 333 | 7,2 |
| H.-D. Gewerksvereine | 1 561 | 1,0 |
| Kommunisten, Syndikalisten usw. | 2 374 | 1,5 |
| Sonstige Vereinigungen | 1 025 | 0,7 |
| Nichtorganisierte | 4 163 | 2,7 |

Die freien Gewerkschaften herrschen in sämtlichen Betriebsgruppen vor: Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiterratsmitglieder schwankt zwischen 63 bzw. 76 Proz. im Bergbau und auf der Reichsbahn und etwa 95 Proz. im Buchdruckgewerbe, in den öffentlichen Betrieben, bei den Malern u. a. m. Die

Christlichen sind besonders stark im Bergbau (18,7 Proz.) und auf der Reichsbahn (15,8 Proz.) vertreten, haben aber auch in der Textilindustrie starke Positionen (9,4 bzw. 7,8 Proz. der gesamten Arbeiterratsmitglieder). Die Hirsch-Dunckerschen haben nur unter den Eisenbahnern und Metallarbeitern eine nennenswerte Anhängererschaft. Was die Kommunisten betrifft, so ist es ihnen gelungen, bei den letzten Betriebsratswahlen ganze 1,5 Proz. der Mandate zu erobern, ein klägliches Ergebnis der Kämpfe, die unter ungeheurem Aufwand an Geldmitteln mit allen erdenklichen Verleumdungswaffen geführt worden sind und nach den Berichten der kommunistischen Presse so siegreich verlaufen sein sollten. Unter den „Nichtorganisierten“ sind in den Berichten der Verbände auch die Gelben angeführt (namentlich bei den Metallarbeitern, wo diese Gruppe 3 Proz. der Gesamtzahl der Mandate in den Betriebsräten besitzt), zum Teil sind hier aber auch Elemente, die den Kommunisten nahe stehen. Schließlich darf man nicht vergessen, daß gelegentlich auch nach den freigewerkschaftlichen Listen Kommunisten gewählt werden können, allerdings nur solche, deren keine gewerkschaftsfeindlichen Handlungen vorzuwerfen sind. Im ganzen sind die Kommunisten in den Betriebsräten — besonders in den Großbetrieben — immer noch stärker vertreten, als dies sich aus unserer Tabelle ergibt.

Die Wahlen in den Betrieben, mit kommunistischen Oppositionslisten wurden bei der Erhebung besonders erfaßt. Die Zahl solcher Betriebe konnte nicht genau ermittelt werden, da die Anaben für den Bergbau fehlen, wo die Opposition die größte Aktivität entfaltet hat. Insgesamt spielten sich die Kämpfe in Betrieben mit etwa 1 Million Arbeitern ab (517 000 im Bergbau, 311 000 in der Metallindustrie, 86 000 im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes, 30 000 in der Textilindustrie usw.). In der Regel wurden die Oppositionslisten in den Großbetrieben eingereicht. Typisch sind in dieser Hinsicht Daten für die Metallindustrie: Hier fanden Betriebsratswahlen in 12 478 Betrieben mit 1,5 Millionen Arbeitern statt, die kommunistische Opposition hat dabei ihre Listen nur in 213 Betrieben eingereicht, in denen allerdings

etwa 20 Proz. der Gesamtzahl der Metallarbeiter konzentriert sind. In der Textilindustrie wurden die Oppositionslisten in 36 Fällen, im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes in 67 Fällen eingereicht. Es wurden jedesmal solche Betriebe ausgewählt, in denen die Opposition aus dem einen oder anderen Grunde auf Erfolg rechnen konnte. In einzelnen — allerdings außerordentlich seltenen — Fällen ist es den Kommunisten gelungen, die Mehrheit im Betriebsrat zu erhalten. Im Durchschnitt aber haben sie auch in den ausgewählten und konzentriert bearbeiteten Betrieben auf ihre gemeinschaftlich mit den „Un-

organisierten“ aufgestellten Listen genau um die Hälfte weniger Stimmen gefammelt als die freien Gewerkschaften. Auf Grund der Wahlergebnisse läßt sich der Einfluß der Kommunisten in den Betrieben etwa so schätzen: bei fünf Sechstel der Belegschaften wagten sie nicht einen offenen Kampf gegen die Gewerkschaften zu liefern, bei einem Sechstel der Belegschaften haben sie 26,1 Proz. der Stimmen erhalten; im ganzen haben ihnen etwa 4 bis 5 Proz. der Arbeiter den Schutz ihrer Interessen in den Betriebsräten anvertraut, während etwa 80 bis 85 Proz. der Belegschaften zu den freien Gewerkschaften hielten.

Wichtige Vergünstigungen für Lohnsteuerzahler

In nachfolgendem behandeln wir die wichtigen Vergünstigungen für Lohnsteuerzahler. Der Artikel hat einen Steuerspezialisten zum Verfasser, der auch gern bereit ist, besonders knifflige Einzelfragen über die Lohnsteuer zu beantworten. Solche Anfragen sind unmittelbar an die Redaktion, Berlin, Schlesische Straße 42, zu richten. Die Redaktion.

Von den Lohnsteuerpflichtigen wird in immer größerem Maße von dem Recht Gebrauch gemacht, am Jahresende Erstattung von zu viel gezahlter Lohnsteuer zu verlangen. Auf diese Erstattung besteht immer dann ein Rechtsanspruch, wenn der Lohnsteuerpflichtige Verdienstausfall wegen Erwerbslosigkeit, Krankheit, Streik usw. im abgelaufenen Jahr hatte. In all diesen Fällen konnte der lohnsteuerfreie Betrag, der jedem Arbeitnehmer beim Lohnsteuerabzug in Anrechnung gebracht wird, nicht berücksichtigt werden, so daß die Berücksichtigung nachträglich im Wege der Erstattung vorgenommen wird. Anträge auf Lohnsteuererstattungen müssen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März gestellt werden. Später eingehende Anträge werden nicht berücksichtigt. Immer größere Beträge sind in den letzten Jahren den Lohnsteuerzahlern auf Antrag zurückgezahlt worden, sie betragen im Jahre 1926 45,6 Millionen Mark und im Jahre 1930 84,5 Millionen Mark. Es sind also sehr ansehnliche Summen, die auf diese Weise den Lohnsteuerpflichtigen wieder zugute kommen.

Die Erstattung der zu viel gezahlten Lohnsteuer ist jedoch nur ein Weg, die Steuerlasten etwas zu mildern und noch dazu ein Weg, der erst nachträglich, nachdem die Lohnsteuer gezahlt worden ist, beschritten werden kann. Während dieser Weg von immer mehr Lohnsteuerpflichtigen eingeschlagen wird, werden andere Möglichkeiten, sich die Lohnsteuer von vornherein zu erleichtern, noch viel zu wenig ausgenutzt. Es handelt sich hierbei um die Erhöhung der steuerfreien Beträge für das Existenzminimum und für Werbungskosten und Sonderleistungen. In sehr vielen Fällen übersteigen die tatsächlichen Aufwendungen, die der einzelne Steuerpflichtige für Werbungskosten und Sonderleistungen macht, den steuerfreien Pauschbetrag, den das Gesetz ganz allgemein für alle Steuerpflichtigen vorsieht. Es ist viel zu wenig bekannt, daß in solchen Fällen eine Erhöhung der steuerfreien Beträge beantragt werden kann. Diese Anträge müssen zweckmäßigerweise zu Anfang des Jahres gestellt werden, weil dann für das ganze Jahr die Anrechnung erhöhter steuerfreier Beträge vorgenommen wird und damit eine Verminderung der Steuer eintritt. Im folgenden sollen deshalb die Bestimmungen erläutert werden, die eine Ermäßigung des Steuerbetrages für die Lohnsteuerpflichtigen vorsehen.

Im Gegensatz zur veranlagten Einkommensteuer werden bei der Lohnsteuer die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen im allgemeinen nicht berücksichtigt. Dagegen werden bei allen Lohnsteuerpflichtigen von der Berechnung der Lohnsteuer gleich hohe Beträge als steuerfrei abgesetzt. Es handelt sich dabei um

- a) den steuerfreien Lohnbetrag mit 14,40 Mk. wöchentlich, 60,— Mk. monatlich und 720 Mk. jährlich;
- b) den Pauschbetrag für Werbungskosten und Sonderleistungen mit 9,60 Mk. wöchentlich, 40,— Mk. monatlich und 480 Mk. jährlich.

Dem Lohnsteuerpflichtigen Einkommen werden also insgesamt als steuerfrei abgesetzt: 24 Mk. wöchentlich, 100 Mk. monatlich und 1200 Mk. jährlich.

Der steuerfreie Lohnbetrag berücksichtigt das Existenzminimum. Der Pauschbetrag für Werbungskosten und Sonderleistungen bildet die steuerliche Berücksichtigung für zweierlei. 1. Werbungskosten sind die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einkünfte gemachten Aufwendungen. Diese Aufwendungen werden von jedem Lohn- und Gehaltsempfänger gemacht; er hat z. B. Ausgaben für Fahrten zwischen

Wohnungs- und Arbeitsstätte, für Werkzeuge und Berufskleidung u. ä. Werbungskosten zu berücksichtigen, also nur die Ausgaben, die in den besonderen Umständen des Berufs liegen. Es gehören nicht dazu Ausgaben zur Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft des Steuerpflichtigen. 2. Sonderleistungen sind nach dem Gesetz folgende Ausgaben:

1. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen;
2. Beiträge zu Sterbekassen;
3. Lebensversicherungsprämien;
4. Ausgaben des Steuerpflichtigen für die berufliche Fortbildung;
5. Kirchensteuern;
6. Gewerkschaftsbeiträge, Beiträge zu Arbeitskammern usw.

Die Abzüge nach Nr. 1 bis 3 umfassen auch die Zahlungen des Steuerpflichtigen für seine Haushaltsangehörigen. Die Abzüge nach Nr. 1 bis 4 dürfen zusammen nicht mehr als 480 Mk. jährlich betragen. Dieser Betrag erhöht sich jedoch für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind um je 100 Mk.

Im allgemeinen wird der Teil des Einkommens, der für Werbungskosten und Sonderleistungen verwendet wird, durch den steuerfreien Pauschbetrag steuerlich endgültig berücksichtigt. Weist der Steuerpflichtige jedoch nach, daß seine Werbungskosten und Sonderleistungen zusammen den Betrag von 40 Mk. monatlich übersteigen, so wird ihm eine Erhöhung der steuerfreien Pauschsätze gewährt, so daß also der steuerfreie Teil seines Einkommens größer, der steuerpflichtige Teil kleiner ist und der Steuerpflichtige demgemäß weniger Steuern zu zahlen hat. Von dieser Möglichkeit wird jedoch nur in ganz geringem Umfange Gebrauch gemacht, obgleich hier die Möglichkeit besteht, die Steuerleistung des ganzen Jahres um eine ansehnliche Summe zu kürzen. Es verlohnt sich darum für jeden Steuerpflichtigen, Klarheit über die Höhe seiner Werbungskosten und Sonderleistungen zu erlangen. Dabei sind neben den Aufwendungen für die verschiedenen obgenannten Werbungskosten und Sonderleistungen noch folgende Posten, die in einzelnen Fällen eine Rolle spielen, in Rechnung zu stellen.

Manche Steuerpflichtige entrichten neben den Sozialversicherungsbeiträgen weitere Beiträge für Sonderkassen (Pensions- und Rentenkassen des Betriebes u. a.). In anderen Fällen führt der Arbeitgeber für seine Arbeiter und Angestellten die entsprechenden Beiträge an solche Kassen ab. In allen Fällen handelt es sich bei diesen Beiträgen ebenso wie bei den Sozialversicherungsbeiträgen um steuerpflichtigen Arbeitslohn. Andererseits gehören diese Beiträge zu den abzugsfähigen Sonderleistungen. Sie können also auch auf die Liste der Sonderleistungen gesetzt werden.

Kriegsbeschädigte Steuerpflichtige können oft neben den durch die Kriegsbeschädigung veranlaßten Werbungskosten und Sonderleistungen noch andere Ausgaben ähnlicher Art geltend machen, die ebenfalls eine Erhöhung der steuerfreien Beträge rechtfertigen und deshalb auch mit eingesezt werden können.

Ergibt sich aus dieser Zusammenstellung, daß der steuerfreie Pauschbetrag für Werbungskosten und Sonderleistungen von monatlich 40 Mk. durch die tatsächlichen Aufwendungen überschritten wird, so kann ein Antrag auf Erhöhung des Pauschbetrages an das zuständige Finanzamt gestellt werden. Diesem Antrag muß die Steuerkarte für 1931 beigelegt werden, außerdem muß der Antrag eine eingehende Aufstellung der tatsächlichen Werbungskosten und Sonderleistungen enthalten. Quittungen und sonstige Belege für diese tatsächlichen Aufwendungen sind nach Möglichkeit beizufügen, so daß die Angaben unbedingt glaubwürdig sind und sich zeitraubende Rückfragen

erübrigen. Wird dem Antrag stattgegeben, so erhält der Steuerpflichtige die Steuerkarte mit einem Vermerk über die höheren, vor der Berechnung der Lohnsteuer vom gesamten Einkommen abzusetzenden Werbungskosten und Sonderleistungen zurück. Auf Grund dieses Vermerks darf der Arbeitgeber die erhöhten steuerfreien Beträge beim Lohnsteuerabzug in Anrechnung bringen. Hat ein Lohnsteuerpflichtiger Anspruch auf Familienermäßigung, so wird diese Ermäßigung erst nach Abzug der erhöhten steuerfreien Werbungskosten und Sonderleistungen angerechnet.

Neben einer Erhöhung des Pauschsatzes für Werbungskosten und Sonderleistungen kann in einzelnen Fällen auch eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages (Existenzminimum) beantragt werden. Ein solcher Antrag ist zulässig, wenn besondere wirtschaftliche Verhältnisse die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen außergewöhnlich beeinträchtigen. Das wird dann angenommen werden können, wenn der Steuerpflichtige ungewöhnlich hohe Ausgaben durch Erziehung und Berufsausbildung der Kinder hat, oder der Unterhalt mittelloser Angehöriger, also z. B. bedürftiger Eltern oder Geschwister beträchtliche Aufwendungen nötig macht. Dem Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Betrages ist eine Aufstellung über diese ungewöhnlichen Lasten beizugeben, außerdem sind sie im einzelnen näher zu erläutern.

Sowohl die Anträge auf Erhöhung des Pauschsatzes für Werbungskosten und Sonderleistungen als auch auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages dürfen vom Finanzamt nicht mit der Begründung zurückgewiesen werden, daß die höheren Aufwendungen am Schlusse des Jahres durch besondere Erfratungen berücksichtigt werden sollen. Der Ausgleich für die erhöhten Aufwendungen muß schon im Laufe des Jahres durch eine auf der Steuerkarte vermerkte Erhöhung der steuerfreien Beträge erfolgen.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Der thüringische Minister Dr. Fried, Fraktionsführer der Nationalsozialisten im Reichstage, erklärte in einer Versammlung zu Kassel in Entgegnung einer Rede des Zentrumsführers Dr. Kaas, wenn das Zentrum sich nicht lösen könne von der Sozialdemokratie, der Partei des Volksbetruges, dann müsse es im Dekus verschwinden.

Innenminister Severing hat in einer großen öffentlichen Versammlung in Stuttgart am 24. Januar die Doppelgängigkeit der nationalsozialistischen Politik und im Zusammenhang damit das Verhalten des früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gekennzeichnet.

Die Anlagerede des deutschen Außenministers Dr. Curtius gegen die Regierung Polens wegen der Verletzung der Verträge über den Schutz der Minderheiten war von größtem Erfolg. Der Vertreter Polens gab diese Verstöße gegen das Völkerrecht zu. Offiziell wurde nach einem Bericht des japanischen Vertreters eine Rechtsverletzung festgestellt. Die Abberufung des Wajewoods Schlesiens wird erwartet.

Rund 25 Milliarden Mark Ausfuhrverluste in 62 Ländern der Erde, die 92 Proz. des Weltaußenhandels bestreiten, werden nach einer amerikanischen Statistik für das Krisenjahr 1930 festgestellt.

Eine Milliarde Mark soll für den deutschen Osten im Rahmen eines Sechsjahresplanes zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung zur Verfügung gestellt werden.

4765000 Arbeitslose sind das Ergebnis der Zählung der Reichsanstalt für die Berichtszeit vom 1. bis 15. Januar 1931. In der ersten Januarhälfte ist demnach die Zahl der Arbeitslosen um rund 400 000 angestiegen. Berlin hat 468 000 Arbeitslose.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund wandte sich in einer Kundgebung gegen den Abbau der Löhne und Gehälter sowie gegen Drosselung der öffentlichen Wirtschaft. Er forderte zur Überwindung der Krise Beseitigung der Preisbindungen, Abtragung der Postmanern, Revision der Reparationsverpflichtungen, Abwehr der faschistischen Bestrebungen zur Wiederherstellung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft.

Der Gesamt-Verband der christlichen Gewerkschaften veranfaßte eine Kundgebung, die u. a. folgende Aufgaben für notwendig hielt: Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Vereinfachung des behördlichen Apparates, Ausschaltung der Doppelverdiener, Revision der Reparations-, beschlagnahmten Preisabbau, Stärkung des Innenmarktes und Förderung der Ausfuhr, Senkung der Zinssätze und Zurückdrängung ungesunder Aufblähung des Schulwesens.

Sturz der französischen Regierung. Wegen der Preistreibererei des Landwirtschaftsministers Boret, ein früherer Getreidegroßhändler, wurde dem Kabinett Steeg mit 293 gegen 283 Stimmen das Vertrauen verweigert.

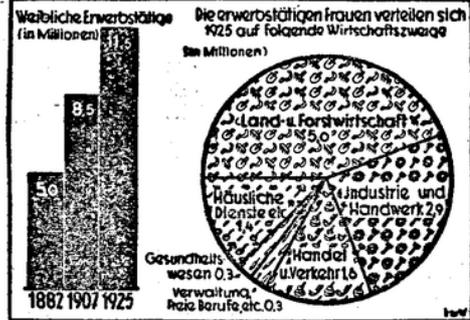
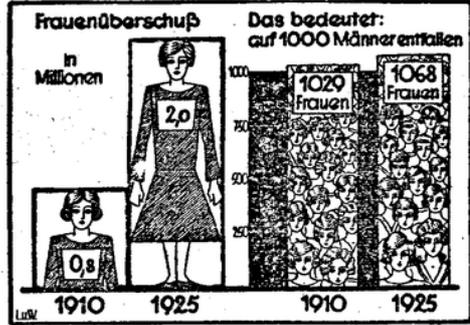
Manifest gegen den Krieg. Die Europa-Kommission des Völkerbundes beschloß ihre Tagung mit einem Manifest an die Völker Europas, in dem erklärt wird, die Vertreter der europäischen Staaten seien entschlossen, jeden Mißgriff auf gewaltsame Entscheidungen zu vermeiden.

Für die Frauen

Frauenüberschuß in Deutschland. Durch den Verlust der Gefallenen des Weltkrieges und den Kriegsgeburtenausfall wurde der schon vor dem Kriege in Deutschland vorhandene Frauenüberschuß ganz bedeutend erhöht. Vor dem Kriege gab es nur in den höheren und höchsten Altersklassen - 45 Jahre und darüber - entsprechend der längeren Lebensdauer der Frauen, wesentlich mehr Frauen. Der Frauenüberschuß in der Nachkriegszeit beträgt in Deutschland

2 Millionen, und er konzentrierte sich 1925 vor allem auf die Altersstufen zwischen 25 und 45 Jahren, heute also etwa auf die 30- bis 35jährigen. Der Hauptanteil des Frauenüberschusses entfällt also heute auf die in der Dollkraft ihrer Jahre stehende Frauen-

generation. Die weibliche Arbeit ist aber keine Neuererscheinung des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Frauen haben zu allen Zeiten die Arbeit geleistet, welche im Rahmen der herrschenden Wirtschaftsweise nach ihrer jeweiligen sozialen Lage von ihnen gefordert wurde. Von 1882 bis zum Jahre 1895 wuchs der Anteil der erwerbstätigen Frauen um 25 Proz., von 1895 bis 1907 um 30,4 Proz. und von 1907 bis 1925 um etwa 35 Proz. Die Entwicklung innerhalb der einzelnen Berufsgruppen zeigt nun neben der Vermehrung auch bereits eine Verschiebung der Frauenarbeit. In der Industrie hat sich die Zahl der Frauen von 1907 bis 1925 mehr als verdoppelt, während die Zahl der Männer in der Industrie nicht so stark anstieg. Etwa verdreifacht hat sich die Zahl der Frauen im Handel und Verkehr. Dagegen ging die Zahl der Hausangestellten seit 1882 ab und relativ regelmäßig zurück.



Sozialversicherung

Neuregelung in der Krisenfürsorge. Im Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 11. Oktober 1930 wurde für Arbeitslose, die am 3. November 1930 bereits Krisenunterstützung bezogen haben, folgende Uebergangsbestimmung getroffen:

V.

1. Arbeitslose dürfen zur Krisenunterstützung nur dann zugelassen werden, wenn sie nach dem Inkrafttreten dieses Erlasses ausgetrennt werden.

2. Für Arbeitslose, die beim Inkrafttreten dieses Erlasses (3. November 1930. D. Neb.) bereits Krisenunterstützung beziehen, gilt bis zum 10. Januar 1931 die bisherige Unterstützungshöchstdauer von 39 oder 52 Wochen fort.

Arbeitslose, die an diesem Tage ihre neue Unterstützungshöchstdauer von 32 oder 45 Wochen erreicht oder überschritten haben, scheiden aus

a) wenn sie am 10. Januar 1931 nicht mehr als 35 Wochen Unterstützung bezogen haben, am 24. Januar 1931;

b) wenn sie am 10. Januar 1931 mehr als 36 Wochen Unterstützung bezogen haben, am 17. Januar 1931.

Den Arbeitslosen, die beim Inkrafttreten dieses Erlasses Krisenunterstützung beziehen, stehen die Personen gleich, die bei oder nach dem Inkrafttreten des Erlasses den Unterstützungsbezug bis zu vier Wochen unterbrochen haben oder unterbrechen, weil sie Arbeit angenommen haben.

3. Arbeitslose mit kurzer Anwartschaftszeit (§ 101, Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes), die bei Inkrafttreten dieses Erlasses Unterstützung beziehen, können längstens bis zum 28. März 1931 in der Krisenunterstützung verbleiben, wenn sie die sonstigen Voraussetzungen erfüllen. Die Vorschriften der Nummer 2 finden jedoch Anwendung.

Die Durchführung dieser Uebergangsbestimmung hätte dazu geführt, daß in der zweiten Hälfte des Januar eine große Zahl von Krisenunterstützten, deren Zulassung zur Krisenunterstützung vor dem 4. November 1930 erfolgte, ausgesteuert und in die Wohlfahrtsfürsorge hätten überführt werden müssen, wodurch die vielfach schon an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangten Gemeinden weiter belastet worden wären. Dem ist durch nachstehenden Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 10. Januar 1931 vorgebeugt:

„Krisenfürsorge.“

1. Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen habe ich keine Bedenken, für Arbeitslose, die am 3. November 1930 bereits Krisenunterstützung bezogen haben oder die diesen Arbeitslosen gleichgestellt sind (V 2 Abs. 1 und 3 des Erlasses über Personenzins und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober 1930 — Reichsarbeitsblatt S. 1 221 —), die frühere Unterstützungsdauer von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1931 aufrechtzuerhalten. Von diesem Tage ab bemißt sich die Höchstdauer der Krisenunterstützung ausschließlich nach II des Erlasses über Personenzins und Dauer der Krisenfürsorge.

2. Das in Ziffer 1 Satz 1 Gesagte gilt auch für die in V 3 des genannten Erlasses erwähnten Arbeitslosen mit kurzer Anwartschaftszeit.“

Arbeitslose, die am 3. November 1930 Krisenunterstützung bezogen haben, und die ihnen gleichgestellten Personen scheiden nach dem neuen Erlaß, also grundsätzlich erst nach 39 Wochen (wenn sie unter 40 Jahre alt sind) resp. 52 Wochen (wenn sie über 40 Jahre alt sind) vom Unterstützungsbezug aus. Längstens jedoch haben sie bis zum 28. März Anspruch auf Krisenunterstützung. Dabei ist es unwesentlich, ob die Zulassung zur Krisenunterstützung erfolgte, weil der Arbeitslose von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert war oder ob der Anspruch auf Grund einer kurzen Anwartschaft (§ 101 Abs. 2 Nr. 1 A.D.A.G.) entstand.

Aus unserer Bewegung

Degeßack. In der Generalversammlung am 4. Januar berichtete Kollege Müller eingehend über die Tätigkeit der einzelnen Funktionäre und des Vorstandes im vergangenen Jahr. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten konnte die Mitgliederzahl wesentlich erhöht werden. Die im Laufe des vergangenen Jahres in den einzelnen Versammlungen behandelten Themen fanden bei den Mitgliedern große Zustimmung, und selbst die im vorigen Jahr gehaltene Jubiläumsfeier konnte agitatorisch ausgewertet werden. Der von Kollegen Ulrich gegebene Kassenbericht zeigt trotz der hier am Orte herrschenden Arbeitslosigkeit einen erfreulich hohen Kassenbestand. In der darauffolgenden Vorstandswahl wurden die Kollegen Müller, Curia, Ulrich, Hettmann, Rohdenburg und Schwarz gewählt, und als Beisitzer die Kollegen Golla, Gausz und Wiemann. Die durch den Zusammenschluß zum Gesamt-Verband im vergangenen Jahr entstandenen Schwierigkeiten können heute als überwunden betrachtet werden.

Würzburg. In der Generalversammlung am 18. Januar sprach Gauleiter Kollege Schmitt, Nürnberg, über „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften“. Der Vortrag löste eine lebhafte Debatte aus, bei der ein Jünger Moskaus ein so unparlamentarisches Benehmen an den Tag legte, daß ihm der Vorsitzende das Wort entziehen mußte. Aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1930, den der Geschäftsführer Kollege Den gab, ist zu entnehmen, daß die Ortsverwaltung Würzburg 1400 Mitglieder zählt, daß trotz der Wirtschaftskrise im vergangenen Jahre fünf Lohnbewegungen erfolgreich geführt werden konnten, davon zwei mit den Straßenbahnern. Am Amtsgericht kamen in 37 Terminen 25 Fälle zur Erledigung, wobei die Summe von 2462 Mk. erstritten wurde. Auch am Spruchauschuß des Arbeitsamts war die Organisation in verschiedenen Fällen erfolgreich tätig. An Unterstützung wurde der Betrag von 20 629,44 Mk. verausgabt. Aus der Orts- und Hauptkasse kamen an 118 arbeitslose Mitglieder 1748 Mk. zur Verteilung. Am Schluß seines Berichtes ging der Kollege Den mit der sogenannten RSO scharf ins Gericht. Er verwies auf deren zerfallende Tätigkeit bei dem Berliner Metallarbeiterstreik und bei dem Kampf im Ruhrgebiet. In der jetzigen Zeit, wo der Feind vor den Toren steht, sei Einigkeit notwendiger denn je. Er billigte die Maßnahmen des Vorstandes gegen die Spaltungsbestrebungen dieser Organisation und warnte alle Mitglieder vor deren arbeiterschädigendem Treiben. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab mit Ausnahme des zurückgetretenen zweiten Vorsitzenden die alte Besetzung wieder. Die Stimmung der Versammlung fand in einer entsprechenden Entschließung ihren Ausdruck.

RUNDSCHAU

Weg mit dem irreführenden Lebenshaltungsindex! Die Berechnungsgrundlagen des amtlichen Lebenshaltungsindex sollen endlich einer gründlichen Revision unterzogen werden. Die bisherige Berechnungsmethode ist auch seit langem völlig veraltet. In dem Begleitschreiben zu einem der Hamburger Arbeitsbehörde unterbreiteten Vorschläge des Arbeiterrates Groß-Hamburg zu einer neuen Indexberechnung wird darauf hingewiesen, daß die im alten Index konstruierte Normalfamilie in ihren Normalausgaben vollkommen anormal ist. Sie macht keine Aufwendungen für Steuern, Sozialversicherung, Instandhaltung der Wohnung und Neuanschaffungen und kennt keine Verbandsbeiträge. Die Ausgaben für Körperpflege beschränken sich in dieser Familie auf monatlich achtmal Rasieren und zweimal Haarschneiden, auf ein Handtuch und ein Stück Toilettenseife. Das Bildungsbedürfnis wird durch eine Tageszeitung, Reclamhefte, Bleistifte und einigen Kinobesuchen im Jahr befriedigt. Bezüglich der Bekleidung ist es nicht zu verstehen, daß man immer noch von schwarzen Knibboxschmürfteln für Frauen, baumwollenen Frauenstrümpfen, Flanelhemden usw. für Männer spricht. Teilweise sind diese Waren gar nicht mehr vorhanden. Ein wichtiges Nahrungsmittel, das Obst, fehlt in der Ernährungstabelle vollständig. In der konstruierten Normalfamilie beschränkt sich der Verbrauch an Wurst- und Fleischwaren auch nicht lediglich auf Leberwurst und an Fischen nicht ausschließlich auf Salzheringe. Der arbeitende Mensch hat selbstverständlich das Bedürfnis nach Erholung. Er pflegt Geselligkeit, trinkt ein Glas Bier und raucht seinen Tabak. Der Indexmensch nach altem Muster kennt keine Erholung, keine Ausgaben für Sport usw. Der vom Hamburger Arbeiterrat aufgestellte neue Index beruht auf den amtlichen Kleinhandelspreisen und kommt zu folgendem Ergebnis:

| | Preiszahlen | | Indezsziffern | |
|----------------------------|-------------|--------|----------------------------------|-----------------|
| | 1913/14 | 1930 | auf d. alten Grundlag. errechnet | neue Berechnung |
| | Mark | Mark | | |
| Lebensmittel | 85,01 | 124,94 | 141,— | 147,— |
| Wohnung | 45,98 | 58,86 | 128,— | 128,— |
| Befeuchtung | 8,93 | 13,46 | 191,67 | 150,72 |
| Heizung | — | — | 94,51 | — |
| Bekleidung und Wäsche | 16,42 | 26,95 | 166,61 | 164,12 |
| Sonstiger Bedarf | 56,80 | 115,81 | 198,76 | 203,89 |
| | 213,14 | 340,02 | 146,93 | 159,52 |

Der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Index beträgt 12,59 Proz. Daß dies für die Berechnungsmethoden bei der Beurteilung der Lohnhöhe von ausschlaggebender Bedeutung ist, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Deshalb stellt auch der Hamburger Arbeiterrat fest, daß die Kaufkraft der Löhne der gelernten Arbeiter bis September 1929 und die der ungelerten Arbeiter bis September 1928 unter dem Friedensstand lag und bis September 1930 nur um 3,4 bzw. 5,5 Proz., nicht aber um 12,3 bzw. 14,5 nach dem alten Index gestiegen ist. Uns erscheint die Untersuchung des Hamburger Arbeiterrates als eine praktische Vorarbeit zur Aufstellung einer neuen Maßziffer für die Lebenshaltungskosten und somit die Forderung berechtigt: Weg mit dem irreführenden Lebenshaltungsindex!

Dem „Correspondenzblatt“ zur „Gewerkschafts-Zeitung“. Ein Jubiläum von nicht geringer Bedeutung beginnen die freien Gewerkschaften am 20. Januar. Da waren es 40 Jahre, seit die erste Ausgabe eines Zentralorgans dieser Bewegung herauskam. Es erschien in Hamburg unter dem Titel „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, als Redakteur und Verleger zeichnete Carl Seegen, der gleichzeitig Vorsitzender der „Generalkommission“ war. Es kam zunächst auch nur „nach Bedarf“ heraus, war von kleinem Format und Umfang. Aber von diesem Blättchen, das gleich einem kleinen klaren Quell entspringt, ist ein Streben und Wirken hergefloßen und zu einem mächtigen Strom geworden gleich der gewaltigen Idee, der es dient. Es wurde unter der weiteren Schriftleitung von Paul Umbreit zum geistigen Mittelpunkt unserer Gewerkschaftsbewegung. Jahrzehnte hindurch hat es sein kleines Format behalten, wurde aber immer umfang- und inhaltsreicher. Es blieb auch noch „Correspondenzblatt“, als die „Generalkommission der Gewerkschaften“ 1919 zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wurde. Erst 1924 wurde ihm mit dem neuen Titel „Gewerkschafts-Zeitung“ auch ein neues größeres Format und schöneres Äußeres gegeben. Sein Inhalt hat stets Schritt gehalten mit der gewaltigen Bewegung in dem Sinne, daß es immer ihr Schrittmacher war, ist und gewiß auch weiter bleiben wird.